



**Alternativen zum  
Hamburger Haushalt  
oder:  
Wie Hamburg  
zu Geld kommen kann  
8 Thesen**



2,00 €

*Hamburger Skripte 16*

Hans-Jürgen Podszuweit

# Alternativen zum Hamburger Haushalt oder: Wie Hamburg zu Geld kommen kann 8 Thesen

## Inhalt:

1. Der Kampf gegen den Sozialkahlschlag in Hamburg verlangt soziale Finanzierungsforderungen
2. Die Hamburger Haushaltsprobleme sind kein unentrinnbares, naturnotwendiges Schicksal, sondern von Menschen gemacht, also auch von Menschen änderbar.
3. Geld wäre genug da
4. Hamburg hat Spielräume für soziale Umverteilungspolitik
5. Die landespolitischen Haushaltsprobleme Hamburgs sind nicht wirklich durch Hamburger Landespolitik zu lösen
6. Daher brauchen wir eine andere Finanzpolitik auf Bundesebene
7. Wer die Konzerne belasten will, muss was zur Standortkonkurrenz sagen
8. Die Standortkonkurrenz stellt die Systemfrage

Quellen

Kurz-Zusammenfassung

Hrsg.: Rosa-Luxemburg-Bildungswerk Hamburg e.V.

Hamburg, Mai 2007

2,00 €

## Bestellhinweise

Die Hamburger Skripte können in gedruckter Form bezogen werden. Hierzu ist entweder eine Einzahlung auf unser Konto (Hamburger Bank – BLZ 20190003 – Kto. 88169707) oder die Einsendung von Briefmarken jeweils in Höhe des Einzelpreises zzgl. 1,45 € Porto an unsere Anschrift erforderlich. Außerdem können die Hamburger Skripte kostenfrei von unserer Website heruntergeladen werden.

## **Rosa-Luxemburg-Bildungswerk.**

**Hamburger Forum für Analyse, Kritik und Utopie e.V.**

c/o Treffpunkt St. Georg | Zimmerpforte 8 | 20099 Hamburg | Telefon 040 - 29 88 24 35  
info@rosa-luxemburg-bildungswerk.de | www.rosa-luxemburg-bildungswerk.de

## Vorwort

*„Hamburg wird in diesem und im nächsten Jahr voraussichtlich 582 Millionen Euro mehr an Steuern einnehmen als geplant. Nach Angaben der Finanzverwaltung ergab die Mai-Steuerschätzung für die Stadt für 2007 Mehreinnahmen von 229 Millionen Euro und für 2008 in Höhe von 352 Millionen Euro.“*

Die in dieser kleinen Notiz des Hamburger Abendblattes vom 23. Mai d. J. erwähnten Steuermehreinnahmen lassen die Herzen der Hamburger Haushälter höherschlagen - die finanzielle Misere der Stadt beseitigen sie allerdings nicht. Und dies nicht nur, weil ein Teil der Beträge im Länderfinanzausgleich sogleich wieder abgeführt werden wird.

Der vorliegende Text von Hans-Jürgen Podszuweit benennt eine ganze Reihe der Hamburger Finanzprobleme - sowohl auf der Einnahme- als auch auf der Ausgabenseite und macht Vorschläge zu ihrer Lösung. Zugleich dient der Text als Einführung in die Beschäftigung mit Haushaltsfragen, Steuern und Finanzpolitik am Beispiel Hamburgs. Zahlreiche Verweise zum Weiterlesen und Begriffserklärungen (Gewerbesteuerhebesatz, Halbeinkünfteverfahren usw.) erleichtern das Lesen auch für Menschen, für sich nicht ständig mit diesen Themen beschäftigen.

Es versteht sich, dass die vorliegenden 8 Thesen nicht alle Aspekte Hamburger Haushalts- und Finanzpolitik abdecken können. Sie sind beispielsweise zu ergänzen um Fragen der Finanzausstattung der Bezirke oder den Möglichkeiten einer partizipativen Haushaltspolitik - deren positive Erfahrungen inzwischen nicht nur aus Porto Alegre sondern auch aus Berlin-Lichtenberg und anderen Städten vorliegen. Aber diese Thesen verbessern die Möglichkeit der Diskussion innerhalb der Teile der politischen und gewerkschaftlichen Linken, die sich zurzeit nicht in der Hamburger Bürgerschaft vertreten sehen, über ihre haushaltspolitische Alternativen.

Wir laden ein zu dieser Diskussion und würden uns über andere Beiträge freuen.

Diese Publikation entstand mit freundlicher finanzieller Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin.

*Meinhard Meuche-Mäker  
Rosa-Luxemburg-Bildungswerk e.V.*

Hans-Jürgen Podszuweit<sup>1</sup>

# Alternativen zum Hamburger Haushalt oder: Wie Hamburg zu Geld kommen kann *8 Thesen*

Streichung des Sozialtickets, Schließung von Bücherhallen, Streichung des Schwimmunterrichts in Schulen, Privatisierung der Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen. All das wird mit leeren öffentlichen Kassen begründet. Die Linke muss also sagen, wo das Geld für ihre Forderungen herkommen soll. Dazu sollen diese 8 Thesen beitragen

## **1. Der Kampf gegen den Sozialkahlschlag in Hamburg verlangt soziale Finanzierungsforderungen**

Nur so kann man sich der Machbarkeit der verschiedenen Forderungen zum Stopp des Sozialabbaus vergewissern. Nur der Nachweis der Finanzierbarkeit unser sozialen Forderungen kann die notwendige Zustimmung in der Bevölkerung herbeiführen. Die Finanzierungsforderungen müssen sich auf die Erschließung ungenutzter Potenziale sowie auf eine Belastung der Superreichen, der Spitzenverdiener und der Konzerngewinne konzentrieren. Das ist unabdingbar, wenn sich die verschiedenen sozialen Bewegungen nicht in Konkurrenz um knappe Mittel gegeneinander ausspielen lassen wollen. Nur so kann man sie zusammenführen.

## **2. Die Hamburger Haushaltsprobleme sind kein unentrinnbares, naturnotwendiges Schicksal, sondern von Menschen gemacht, also auch von Menschen änderbar.**

Die beiden wesentlichen Ursachen der Haushaltsmisere sind:

a) Die kapitalismusbedingte Massenarbeitslosigkeit mit der Folge drastischen Steuerausfalls und hoher Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe. Nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB) betragen die Kosten der Arbeitslosigkeit durch Ausfälle an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen sowie Ausgaben an Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe im Jahre 2002 in Deutschland 75,1 Mrd. € (Memorandum 2004, S. 59). Für 2004 kommt das IAB auf gesamtfiskalische Kosten der Arbeitslosigkeit in Höhe von 85,7 Mrd. €. Dabei scheinen mir diese Beträge untertrieben. So geht das IAB für 2002 von arbeitslosigkeitsbedingten Steuermindereinnahmen von "nur" 14,3 Mrd. € in Deutschland aus. Andererseits kommt das IAB auf eine mögliche Steigerung des

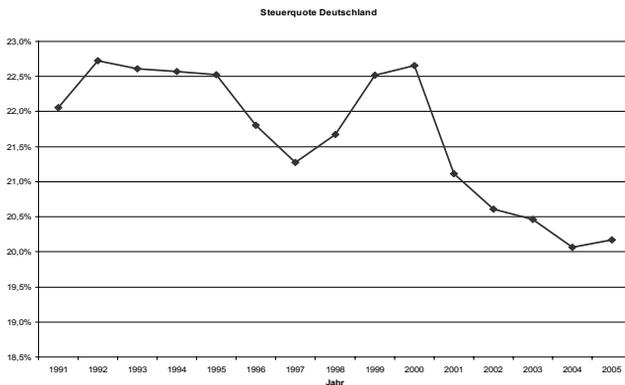
---

<sup>1</sup> Bei diesem Aufsatz handelt es sich um eine Aktualisierung, Überarbeitung und Ausweitung eines Aufsatzes mit gleichem Titel, den Hans-Jürgen Podszuweit und Martin Wittmaack 2004 verfassten.

deutschen Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 232,1 Mrd. € durch Vollbeschäftigung im Jahre 2002. Das entspricht 11% des BIP (IAB 2003). Bei gleicher Steuerquote müssten also auch die Steuereinnahmen um 11% steigen. Die Steuereinnahmen in Deutschland betragen im Jahre 2002 ca. 442 Mrd. €. 11% davon wären rund 48,6 Mrd. €. Nach meiner Rechnung wären also die gesamtfiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit um 34,3 Mrd. € höher zu veranschlagen und man käme somit für 2002 auf einen Betrag von 109,4 Mrd. €.

b) Die neoliberale Finanzpolitik, die auf Positionsgewinne in der Standortkonkurrenz zielt. Sie verschärft die Beschäftigungs- und damit die Finanzkrise. Die mit der neoliberalen Doktrin der Senkung der Staatsquote verbundenen Steuersenkungen führen weiter zur Erosion der Staatsfinanzen. Die Steuerquote als Prozentsatz der Steuereinnahmen aller Gebietskörperschaften am Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist von 22,7% im Jahr 2000 auf 20,2 % im Jahr 2005 in Deutschland gesunken. Gälte 2005 die Steuerquote vom Jahr 2000, so wären die bundesdeutschen Steuereinnahmen also um ca. 12,4% höher. Bei Steuereinnahmen von 452 Mrd. € im Jahr 2005 errechnet sich daraus ein Steigerungsbetrag von ca. 56 Mrd. €. Wendet man die gleiche Rechnung auf die 2005 in Hamburg verbliebenen Steuern in Höhe von 7.064 Mio. € an, ergäben sich für Hamburg haushaltswirksame Steuermehreinnahmen von 874 Mio. €. Hierbei handelt es sich nicht um einzeln ausgewählte Zahlen, sondern folgendes Diagramm zeigt, dass die Steuerquote 2001 mit dem Einsetzen der Schröderschen Steuerreform, die vor allem Reichen, Spitzenverdienern und Konzernen genutzt hat, deutlich einbrach und seitdem auf niedrigem Niveau verharrt:

Der Durchschnitt der Steuerquoten betrug 22,2% im Zeitraum 1991 bis 2000 und sank auf 20,5% im Zeitraum 2001 bis 2005. Wendet man wieder die obige Rechnung an, so verzichtet



Deutschland seit 2001 jährlich auf ca. 37 Mrd. € Steuereinnahmen und Hamburg auf ca. 580 Mio. € haushaltswirksamer Steuereinnahmen.

Für das Jahr 2006 liegen bisher erst die Zahlen für die ersten 3 Quartale vor. Aber auch hierfür bleibt die Steuerquote mit 20,5% niedrig. (Quelle für die Steuerquotenberechnungen: Eigene Berechnungen nach Zeitreihen der Bundesbank für Steuern und BIP).

Diese Entwicklung war selbst dem Hamburger Ex-Finanzsenator Peiner nicht mehr geheuer: "Ein bundesweites Problem ist, dass wir im Moment eine Steuerquote haben, wie wir sie in der Vergangenheit noch nie gehabt haben. Sie ist extrem niedrig ..." (Peiner 2003, S.3) "Die Steuerquote ist mit 20,3% auf einem historisch niedrigen Stand angekommen. In Europa wird Deutschland dabei nur noch von der Slowakei unterboten! Dauerhaft benötigt der Staat aber Steuereinnahmen von etwa 22-23 % am Bruttoinlandsprodukt, um die Bereitstellung der notwendigen öffentlicher Güter finanzieren zu können." (Peiner 2004, S. 8)

Dabei nützen diese Steuersenkungen vor allem den Reichen und den Konzernen: Einkommenssteuer: Der Spitzensteuersatz für Großverdiener wurde gesenkt. Betrug er 1999 noch 53%, so betrug er im Jahre 2005 nur noch 42%. Allein die Senkung dieses Spitzensteuersatzes von 48,5% im Jahre 2003 auf 42% im Jahre 2005 kostet nach Angaben von ver.di 6 Mrd. € (Die Wüste lebt, S.27). Insgesamt begünstigte die Tarifreform Spitzenverdiener erheblich überproportional, wie folgende Tabelle zeigt:

Verteilungswirkung der Reform des Einkommensteuertarifs (Vergleich 1998 - 2005)

Zu versteuerndes Einkommen	Steuer 1998	Steuer 2005	Ersparnis	Prozentualer Zuwachs des Einkommens nach Steuern
10.000,00 DM	0,00 DM	0,00 DM	0,00 DM	0,00%
15.000,00 DM	691,00 DM	5,86 DM	685,14 DM	4,79%
20.000,00 DM	2.039,00 DM	870,34 DM	1.168,66 DM	6,51%
35.000,00 DM	6.343,00 DM	4.476,89 DM	1.866,11 DM	6,51%
50.000,00 DM	11.040,00 DM	8.689,75 DM	2.350,25 DM	6,03%
65.000,00 DM	16.187,00 DM	13.428,72 DM	2.758,28 DM	5,65%
80.000,00 DM	21.976,00 DM	18.693,82 DM	3.282,18 DM	5,66%
95.000,00 DM	28.449,00 DM	24.485,03 DM	3.963,97 DM	5,96%
110.000,00 DM	35.607,00 DM	30.728,04 DM	4.878,96 DM	6,56%
125.000,00 DM	43.383,00 DM	37.025,81 DM	6.357,19 DM	7,79%
250.000,00 DM	109.638,00 DM	89.516,38 DM	20.121,62 DM	14,34%
500.000,00 DM	242.149,00 DM	194.526,85 DM	47.622,15 DM	18,47%
1.000.000,00 DM	507.142,00 DM	404.518,45 DM	102.623,55 DM	20,82%
2.000.000,00 DM	1.037.155,00 DM	824.532,94 DM	212.622,06 DM	22,08%

Danach stieg das Einkommen nach Steuern durch die Reform des Einkommenssteuertarifs bei mittleren Einkommen um ca. 6%, während es bei Einkommensmillionären um über 20% stieg.

Aus Angst vor Stimmenverlusten an die Linkspartei schlug die SPD zur Bundestagswahl 2005 eine Reichensteuer vor. Diese mittlerweile gültige Steuer erhöht den Spitzensteuersatz für Spitzenverdiener auf 45% und korrigiert die vorherige drastische Senkung nur leicht. Auch bei den Dividendeneinkünften werden Großverdiener be-

vorzugt. Das früher geltende Anrechnungsverfahren wurde durch das Halbeinkünfteverfahren ersetzt. Beim Anrechnungsverfahren wurden ausgeschüttete Gewinnanteile mit Körperschaftssteuer belastet. Danach wurde der gleiche Betrag mit dem persönlichen Einkommenssteuersatz des Anteilseigners besteuert. Dabei wurde die bereits gezahlte Körperschaftssteuer angerechnet. Im Ergebnis wurde der volle ausgeschüttete Gewinnanteil also mit dem persönlichen (Grenz-)Einkommenssteuersatz belastet (wenn man von der Gewerbesteuer und vom Solidaritätszuschlag absieht), das hieße für das Jahr 2005 eine Belastung der Spitzenverdiener bei ausgeschütteten Gewinnanteilen mit 45%. Durch das mit der Steuerreform eingeführte Halbeinkünfteverfahren (Kapitalgesellschaft zahlt 25% Körperschaftssteuer auf ausgeschüttete Dividende, Anteilseigner versteuert den halben Dividendenbezug (=restliche 75% geteilt durch 2) mit seinem Einkommenssteuersatz) werden Großverdiener entlastet und Kleinverdiener belastet. So ergibt sich im Jahre 2005 für Spitzenverdiener, die dem Grenzsteuersatz von 45% unterliegen, nur noch eine Grenzbelastung von  $25\% + 75\% / 2 * 45\% = 41,9\%$  (auch hier wird von der Gewerbesteuer und vom Solidaritätszuschlag abgesehen). Der 2007 vom Kabinett beschlossene Gesetzentwurf zur Unternehmenssteuerreform senkt den Körperschaftssteuersatz auch auf ausgeschüttete Gewinne auf 15%. Die restlichen 85% werden mit einer Abgeltungssteuer von 25% beim Anteilseigner (Einkommensteuer) besteuert. Dadurch ergibt sich bei Spitzenverdienern, die den Grenzsteuersatz von 45% zahlen, eine weitere Senkung der Grenzbelastung auf  $15\% + 85\% * 25\% = 36,25\%$  (Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag wiederum unberücksichtigt).

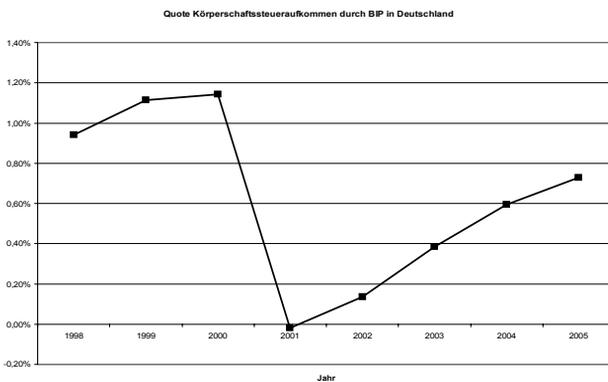
Zurzeit (2007) werden Zinseinkünfte noch mit dem normalen Einkommenssteuersatz versteuert, bei Spitzenverdienern also eine Grenzbelastung von 45%. Hier soll jetzt ebenfalls die Abgeltungssteuer von 25% gelten, so dass selbst Spitzenverdiener nur noch eine Grenzbelastung von 25% haben.

Spekulationsgewinne (=Gewinne aus Verkauf von Aktien) wurden früher innerhalb der Spekulationsfristen voll mit dem jeweiligen Einkommensteuersatz besteuert. Außerhalb der Spekulationsfristen wurden sie gar nicht besteuert. Jetzt gilt auch hier das Halbeinkünfteverfahren, nach dem nur der halbe Spekulationsgewinn (auch nur innerhalb der Spekulationsfristen) mit der Einkommenssteuer zu versteuern ist. Für Spitzenverdiener ergibt sich daraus im Jahre 2005 lediglich eine Grenzsteuerbelastung von 22,5%, nach dem alten Verfahren wären es normal 45%. Die vom Kabinett beschlossene Unternehmenssteuerreform 2008 sieht nun auch für Spekulationsgewinne eine Abgeltungssteuer von 25% auf den vollen Spekulationsgewinn vor. Das ist eine leichte Erhöhung gegenüber dem gegenwärtigen Halbeinkünfteverfahren, aber immer noch deutlich weniger als bei der früheren vollen Versteuerung mit dem Einkommenssteuersatz. Eine kleine Verbesserung ist immerhin die geplante Abschaffung der Spekulationsfristen. Spekulationsgewinne werden jetzt besteuert unabhängig davon wie viel Zeit zwischen Kauf und Verkauf der Aktie vergangen ist. (Quellen: Einkommensteuergesetze, Körperschaftsteuergesetze, Gesetzentwurf der Bundesregierung;

Entwurf eines Unternehmenssteuerreformgesetzes 2008, Hamburger Abendblatt v. 2.3.2007 S. 2, v. 15.3.2007 S. 4 und v. 17./18.3.2007 S. 28)

Unternehmenssteuern: Der Körperschaftssteuersatz für Kapitalgesellschaften wurde mit der Unternehmenssteuerreform gesenkt. Betrug er 1999 noch 40%, so wurde er mittlerweile auf 25% abgesenkt. Außerdem wurde den Unternehmen die Möglichkeit eingeräumt, in der Vergangenheit gezahlte Steuern mit den neuen niedrigeren Sätzen zu verrechnen. Veräußerungsgewinne der Konzerne wurden völlig von der Steuer befreit. Durch diese Maßnahmen ist das Körperschaftssteueraufkommen des Staates drastisch zurückgegangen. Betrug es im Jahre 2000 noch 23,6 Mrd. €, so war der Betrag im Jahre 2001 mit -0,4 Mrd. € negativ. Danach dümpelte das Aufkommen so vor sich hin mit 2,9 Mrd. € im Jahre 2002 und 8,3 Mrd. € im Jahre 2003 (Memorandum 2004, S. 285) und blieb trotz gestiegenen Bruttoinlandsprodukts mit 13,1 Mrd. € (2004) und 16,3 Mrd. € (2005) auch in den Folgejahren deutlich unter dem Wert des Jahres 2000 (Memorandum 2006, S. 296).

Angesichts der Tatsache, dass die Konzerne im Jahre 2001 noch Körperschaftsteuern



ern erstattet bekamen, statt welche zu zahlen, wurde es selbst dem damaligen Hamburger CDU-Finanzsenator Peiner zu viel: "Vier Bereiche will ich ansprechen: Erstens: Großunternehmen zahlen in Deutschland (fast) keine Steuern mehr. Der Spiegel von vorgestern titelt 'Das Milliarden Desaster.'

Panik in den Finanzämtern: Die rot-grüne Steuerreform sorgt dafür, dass viele Großkonzerne fast keine Steuern mehr zahlen. Zudem erhalten sie aufgrund umfangreicher Sonderausschüttungen, die sie wegen der anstehenden Systemänderung vorgenommen haben, teils Milliarden zurückerstattet. Finanzminister Eichel und seine Länderkollegen müssen unterm Strich mehr auszahlen, als sie einnehmen' (S. 88). Als Finanzsenator eines Landes mit 16 Finanzämtern kann ich das nicht bestreiten." (Peiner 2002, S. 6 am 23.1.2002)

Mit dem Gesetzentwurf des Kabinetts für die Unternehmenssteuerreform 2008 sollen die Kapitalgesellschaften noch weiter entlastet werden. Momentan liegt die nominale Steuerbelastung des Gewinns einer Kapitalgesellschaft bei 38,65% (Gewerbesteuer

bei angenommenem Hebesatz<sup>2</sup> von 400 plus Körperschaftsteuer plus Solidaritätszuschlag). Dieser Prozentsatz soll auf 29,83% gesenkt werden. Dies soll durch 2 Maßnahmen erreicht werden: Der Körperschaftsteuersatz soll von 25% noch mal auf 15% gesenkt werden. Die Steuermesszahl<sup>3</sup> bei der Gewerbesteuer soll von 5% auf 3,5% gesenkt werden. Allerdings darf die Gewerbesteuer dann nicht mehr als Betriebsausgabe bei ihrer eigenen Ermittlung und bei der Ermittlung der Körperschaftsteuer abgezogen werden. Der Anteil der Gewerbesteuer am Gewinn sinkt dadurch (bei einem angenommenen Hebesatz von 400%) von ca. 16,7% auf 14%. Der Steuersatz auf einbehaltene Gewinne bei Personenunternehmen wird ebenfalls gesenkt. Statt ihres persönlichen Einkommenssteuersatzes zahlen die Eigner auf ihren einbehaltenen Gewinn nur noch 28,25%.

Die jährlichen Steuerausfälle durch diese Unternehmenssteuerreform werden zwischen 5 Mrd. € und 6 Mrd. € geschätzt. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung gibt für die nächsten Jahre folgende Steuermindereinnahmen an:

<b>Jahr:</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
Steuermindereinnahmen (in Mio. €):	-6470	-6725	-6805	-5270	-3550

(Quellen: Einkommensteuergesetze, Körperschaftsteuergesetze, Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Unternehmensteuerreformgesetzes 2008, Hamburger Abendblatt v. 2.3.2007 S. 2 und v. 15.3.2007 S. 4, Gewerbesteuergesetz).

Nach meiner Schätzung sind das für Hamburg haushaltswirksame Steuerausfälle von über 100 Mio. € im Jahre 2008. In den Folgejahren sieht es ähnlich aus. Dabei steht die Rechnung der Bundesregierung auf wackligen Füßen. So fließt in ihre Rechnung ein Posten "Zusätzliches Mehraufkommen durch Sicherung des nationalen Steuersubstrates" ein, der von 640 Mio. € im Jahre 2008 auf 4,705 Mrd € im Jahre 2012 steigen soll (Bundesregierung: Gesetzentwurf der Bundesregierung. Entwurf eines Unternehmensteuerreformgesetzes 2008, S. 69). Hinter diesem Posten steckt die Hoffnung, dass die Senkung der Unternehmenssteuern in Deutschland Gewinn- und damit Steuerverlagerungen ins Ausland behindert, verhindert und umkehrt. Dieser Effekt ist zweifelhaft. Denn vermutlich werden die anderen EU-Staaten ebenfalls ihre Unternehmenssteuern senken. So hat schon der Beschluss der deutschen Unternehmenssteuerreform eine neue Runde des Steuersenkungswettbewerbs bei den Unternehmenssteuern in Gang gesetzt: "Der französische Präsident Jacques Chirac hat in direkter Reaktion auf die deutschen Pläne bereits eine weitere Absenkung der französischen Unternehmenssteuern in Aussicht gestellt. Dänemark plant, seine Sätze von derzeit 28 auf 22 Prozent zu reduzieren. Bereits die Unternehmenssteuerreform von SPD und Grünen hatte eine Welle von Steuersenkungen in anderen EU-Ländern

<sup>2</sup> Zum Begriff Hebesatz siehe Fußnote 3

<sup>3</sup> Die Steuermesszahl (aktuell 5%) ist ein Prozentsatz, der auf den Gewerbeertrag (Gewinn) angewendet wird. Das Ergebnis ist der Steuermessbetrag. Dieser wird mit einem Vomhundertsatz (Hebesatz) multipliziert. Das Ergebnis ist die zu entrichtende Gewerbesteuer. Die jeweiligen Hebesätze werden von den Gemeinden festgelegt.

ausgelöst, die oft mit Verweis auf das deutsche Vorbild begründet wurden." (Wagenknecht). "Kurz nachdem das Bundeskabinett die Unternehmenssteuerreform beschlossen hatte, hat der britische Finanzminister Gordon Brown eine Senkung der Unternehmenssteuern von 30 auf 28 Prozent verkündet. ... Wenig später beschloss dann auch die niederländische Regierung, die Unternehmenssteuern auf 25 Prozent zu senken. Es drängt sich der Eindruck auf, dass hier ein Wettrennen um die billigsten Sätze stattfindet, wobei sich für die am Rennen beteiligten Länder relativ zueinander nichts ändert - nur dass jeder von ihnen immer weniger Steuergelder einnimmt." (Münchau)

Steuerhinterziehung: Während nahezu alle Woche Kampagnen gegen den angeblichen Missbrauch von Sozialhilfe und Arbeitslosenunterstützung losgetreten werden, hinterziehen die Superreichen und die Konzerne munter Milliardenbeträge an Steuern. Die Deutsche Steuergewerkschaft schätzt die jährlichen Einnahmeausfälle aus Steuerhinterziehung auf mindestens 70 Mrd. €. (Memorandum 2004, S. 157). Nach Schätzung des Bundesfinanzhofes werden höchstens 10% der Spekulationsgewinne ordnungsgemäß versteuert (Memorandum 2004, S. 144). Dem könnte man begegnen. Die Memo-Gruppe schlägt vor, das Bankgeheimnis aufzuheben (Memorandum 2004, S. 132), sowie die Steuerprüfung auszubauen. Gegenwärtig geschieht das Gegenteil: Obwohl im Jahre 2002 Betriebsprüfungen noch zu Mehreinnahmen von 13 Mrd. € führten, hat von 2000 bis 2002 im Bereich der Betriebsprüfungen ein Personalabbau von 3,9% stattgefunden, woraufhin die Mehreinnahmen aus Betriebsprüfungen in diesem Zeitraum um 8,5 % zurückgingen (Memorandum 2004, S. 159). Attac/ver.di gehen von "durchschnittlichen Mehreinnahmen von etwa 1,2 Millionen Euro je Prüfer" aus (attac/ver.di 2004). Der Bundesrechnungshof hat 2006 gerügt, dass jährlich nur bei etwa 15% der so genannten "Einkunfts-millionäre" (Einkünfte über 1 Mio. DM bzw. 0,5 Mio. €) eine Außenprüfung durchgeführt wurde (Bundesrechnungshof 2006, S. 213). "Nach Auffassung des Bundesrechnungshofes ist eine Prüfungsquote von bundesweit etwa 15% viel zu gering" (ebenda S. 214). "Die Prüfungen führten durchschnittlich zu Mehreinnahmen von 135 000 Euro pro Außenprüfung." (ebenda S. 214). Würde man die restlichen 85% der ca. 15.600 Einkunfts-millionäre prüfen und ebenfalls von 135.000 € Mehreinnahmen pro Fall ausgehen, ergäben sich rechnerisch Mehreinnahmen von rund 1,8 Mrd. € pro Dreijahreszeitraum<sup>4</sup>.

Die Hoffnung, dass über Steuersenkungen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage gesteigert wird und dadurch das Volkseinkommen steigt und die Arbeitslosigkeit sinkt, trägt. Nach dem Haavelmo-Theorem sinkt bei einer Reduzierung der Staatsausgaben die gesamtwirtschaftliche Nachfrage um eben diesen Betrag, werden nun in gleicher Höhe Steuerentlastungen vorgenommen, so steigt wegen der Sparquote der privaten Haushalte die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nicht voll kompensierend. D.h. die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nimmt durch die Steuersenkung ab ( Vgl. Nowotny S. 584). Dies gilt umso mehr, als die Steuerentlastungspolitik der Regierung Reiche

---

<sup>4</sup> Bei jeder Prüfung wird ein Dreijahreszeitraum geprüft.

und Spitzenverdiener begünstigt. Die haben eine deutlich höhere (marginale) Sparquote, so dass die Steuerentlastung in zusätzlichem Sparen versickert und nicht nachfragewirksam wird, während durch die Senkung staatlicher Ausgaben staatliche Nachfrage reduziert wird.

### 3. Geld wäre genug da

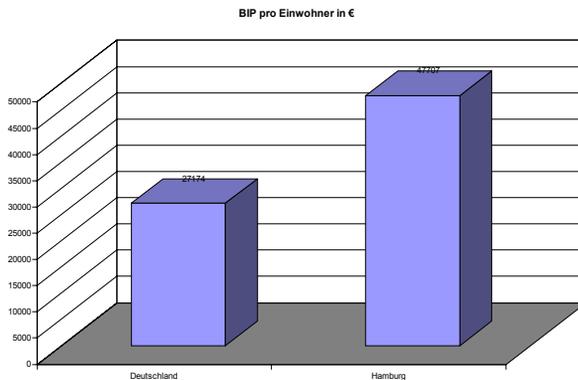
Der Steuerausfall aufgrund der Arbeitslosigkeit ist erheblich. Das IAB geht davon aus, dass im Jahre 2002 das deutsche BIP bei Vollbeschäftigung um 11% höher hätte sein können (IAB 2003). Bei gleichen Steuerquoten wären entsprechend auch die Steuereinnahmen um 11% höher. Bei Steuereinnahmen von ca. 7 Mrd. € in Hamburg im Jahre 2005 errechnen sich daraus für Hamburg haushaltswirksame Steuermehreinnahmen von ca. 770 Mio. €. Hinzu kommt, dass Vollbeschäftigung die Zahlungen an Arbeitslosenunterstützung deutlich reduzieren würde. So gab es 2006 in Hamburg 118.585 Bedarfsgemeinschaften mit 205.456 Berechtigten nach SGB II (Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein: Statistisches Jahrbuch. Hamburg 2006/2007). Für deren Unterkunftskosten hat Hamburg 2006 ca. 445 Mio. € ausgegeben. Der Bund bezuschusst das mit ca. 135 Mio. €. Bleibt ein Negativsaldo von 310 Mio. € (Hamburger Doppelhaushalt 2007/2008). Somit könnte der Hamburger Haushalt durch Vollbeschäftigung um 1,08 Mrd. € (=770 Mio. + 310 Mio.) entlastet werden, das entspricht ca. 15,4% der haushaltswirksamen Hamburger Steuereinnahmen.

Hamburg ist eine der reichsten Städte. Das Pro-Kopf-Einkommen ist deutlich höher als im Bundesgebiet:

Während das BIP pro Einwohner 2005 in Hamburg 47.707 € betrug, betrug es für Gesamtdeutschland nur 27.174 €. Die höhere Erwerbstätigenquote in Hamburg und die Tatsache, dass mehr Beschäftigte nach Hamburg einpendeln als auspendeln, erklärt das nur zu einem geringen Teil: So betrug 2005 das BIP pro Erwerbstätigen in Gesamtdeutschland

57.724 €, in Hamburg hingegen 79.207 € (Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig Holstein 2007 und eigene Berechnungen).

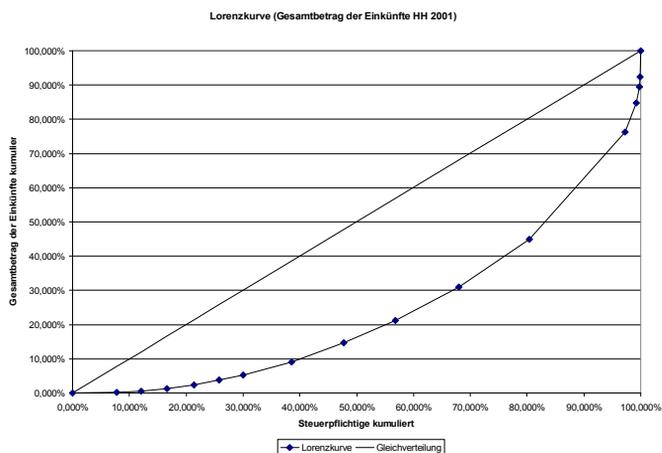
Selbst wenn man zu den Hamburger Erwerbstätigen noch den Pendler-saldo von 188.797 Personen (im Jahre



2004 nach Statistisches Jahrbuch Hamburg 2005/2006, S. 106) hinzuzählt, bleibt das Einkommen pro Erwerbstätigen in Hamburg mit 67.108 € noch deutlich über dem gesamtdeutschen Wert.

Allerdings ist dieses Einkommen in Hamburg sehr ungleich verteilt. Während 2001 auf 100.000 Steuerpflichtige im Bundesgebiet 127 DM-Einkommensmillionäre kommen (Einkünfte<sup>5</sup> über 500.000 €), sind es in Hamburg mehr als doppelt soviel, nämlich 258. Während 2001 in Hamburg ein kleiner Anteil von 0,26% der Steuerpflichtigen 10,43% der Einkünfte auf sich vereinigen und weniger als 2,75% der Steuerpflichtigen über 23% der Einkünfte bezogen, verdienten die unteren 30% nicht mal 5,5% der Einkünfte. Einen umfassenderen Überblick gibt die Lorenzkurve<sup>6</sup>. Bei ihr gibt jeder Punkt an, wie viel Prozent der Steuerpflichtigen wie viel Prozent der Gesamteinkünfte auf sich vereinigen. Dabei sind die Steuerpflichtigen aufsteigend nach ihren Einkünften sortiert.

1998 verfügten im Bundesgebiet 0,5% der Deutschen über 25% des Geldvermögens, auf die reichsten 10% entfielen 50,4% des Geldvermögens (Memorandum 2004, S. 149). Im Jahre 2003 entfielen auf das obere Zehntel der Haushalte in Deutschland



rund 47% des gesamten Nettovermögens (Bundesregierung: Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht, S. 35 f.). In Hamburg sieht es ähnlich aus: Das "Manager Magazin" (MM) bringt jährlich im Herbst ein "MM-Spezial" heraus. Titel: "Die 300 reichsten Deutschen". Darunter werden 36 Hamburger mit einem Gesamtvermögen von 44,45 Mrd. € ausgewiesen. Horst Bethge korrigiert: Das Managermagazin führt irrtümlich 3 Leute mit einem Gesamtvermögen von 2,2 Mrd. € als Hamburger auf, die keine Hamburger sind. Somit sind es 33 reichste Hamburger mit einem Gesamtvermögen von 42,25 Mrd. € (Bethge 2006) Dies Vermögen ist etwa das Vierfache des Hambur-

<sup>5</sup> Als Einkünfte wird hier und im Folgenden die steuerrechtliche Größe „Gesamtbeitrag der Einkünfte“ bezeichnet

<sup>6</sup> Quellen: Einkommenssteuerstatistik des Statistikamtes Nord sowie des Bundesamtes f. Statistik, jeweils für 2001, sowie eigene Berechnungen

ger Haushalts (ca. 10 Mrd. €). Wenn also diese 33 reichsten Hamburger nur 2,5% Vermögenssteuer bezahlen würden, bekäme Hamburg - denn die Vermögenssteuer ist eine Landessteuer - Jahr für Jahr 1 Milliarde 56 Millionen Euro an Steuern mehr herein. Das sind mehr als 15% der gesamten Hamburger Steuereinnahmen. Hier wäre also reichlich Spielraum für eine Umverteilung zu Lasten der Superreichen und zugunsten sozialer Ausgaben.

#### 4. Hamburg hat Spielräume für soziale Umverteilungspolitik

In Hamburg werden die Großkonzerne drastisch subventioniert:

- Die Zuschüttung des Mühlenberger Lochs für den Airbus-Konzern für den Bau des Großraumflugzeugs A380 hat Hamburg 750 Mio. € gekostet (Der Spiegel 10/2003, S. 84). Airbus selbst hat in Hamburg für den A380 weniger, nämlich nur 650 Mio. € investiert (Hamburger Abendblatt vom 9.11.2005, S. 1) Diese drastische Subventionierung von EADS entstand im Rahmen einer Standortkonkurrenz zwischen Toulouse, Hamburg und Rostock um Anteile an der Fertigung des A380. Es wurde also durch die Subvention kein zusätzlicher Arbeitsplatz geschaffen. Eventuelle zusätzliche Arbeitsplätze wären auch ohne Subvention entstanden, da der A380 eh gebaut worden wäre. Sie wären dann evtl. nicht in dem Umfang in Hamburg entstanden, sondern in Toulouse oder Rostock. EADS hat einfach diese Standorte gegeneinander ausgespielt und die Hamburger Senate haben sich am meisten ausspielen lassen. Dabei war zum damaligen Zeitpunkt Airbus kein Not leidender Konzern. Noch 2005 verzeichnete er einen Gewinn von 2,3 Mrd. € bei einem Umsatz von 25,2 Mrd. € (Hamburger Abendblatt v. 10./11. März 2007, S. 23). Die diversen Hamburger Senate begründeten die Subvention damit, dass dadurch Arbeitsplätze und damit Steuereinnahmen nach Hamburg geholt würden. Zunächst zu den Steuereinnahmen: "Den 665 Millionen Euro Kosten stehen geschätzte Steuermehreinnahmen von rund 820000 Euro gegenüber - pro Jahr. Theoretisch wird es also rund 800 Jahre dauern, bis die Stadt das eingesetzte Kapital wieder eingenommen hat." (Der Spiegel 11/2002 S. 39, er ging hier noch von "nur" 665 Mio. € Kosten aus). Aber auch das Arbeitsplatzargument ist fragwürdig. Geht man von den versprochenen zusätzlichen direkten Arbeitsplätzen in Höhe von 2000 aus, selbst dann wäre jeder Arbeitsplatz mit mindestens 375.000 € erkaufte. Ein teures Arbeitsbeschaffungsprogramm! Für das Geld könnte man im öffentlichen oder öffentlich geförderten Beschäftigungssektor ganz anders dimensionierte Arbeitsplatzschaffung organisieren. Aber selbst diese 2000 zusätzlichen Arbeitsplätze sind fragwürdig. Dem Spiegel liegen interne Papiere vom 9.10.2001 aus der Hamburger Airbus-Zentrale vor: Dort heißt es: Der Personalmanager "Hr Krehahn übernimmt es, sicherzustellen, dass außer Zeitpersonal kein zusätzliches Personal für die A380 eingestellt werden muss" Der Spiegel kommt zu dem Schluss: "Tausende neue Arbeitsplätze wird es, den Dokumenten zufolge, kaum geben" (Spiegel 10/2003, S. 84). Und: "Weitsichtig weigerte EADS sich von Anfang an, den Hamburgern Arbeitsplatzgarantien zu geben." (Der Spiegel 11/2002, S. 39). Ist das Arbeitsplatzargument schon vorher fragwürdig gewesen, so droht nun durch

Missmanagement und Fehlplanungen beim A380 sogar ein Arbeitsplatzabbau in Hamburg. Ständige Lieferverzögerungen beim A380 haben Airbus mittlerweile in die Krise geführt (Vgl. Hamburger Abendblatt v. 28.02.2007, S. 23). Bei der Frachterversion des A380 sprang ein Kunde nach dem anderen ab (Vgl. Hamburger Abendblatt v. 24./25.2.2007, S. 33). Schließlich stornierte mit UPS auch der letzte verbliebene Kunde für den A380-Frachter seinen Auftrag (Hamburger Abendblatt v. 3./4.3.2007, S. 1). Mittlerweile wurde die Produktion der Frachterversion des A380 gestoppt (Hamburger Abendblatt v. 2.3.2007, S. 19). Die durch Missmanagement und Fehlplanungen beim A380 verursachte Krise bei Airbus, versucht das Management nun über ein rigoroses Sparprogramm namens "Power 8" in den Griff zu kriegen. Dieses sieht den Abbau von insgesamt 10.000 Stellen vor, davon 3.700 in Deutschland, davon "weit mehr als 1000" in Hamburg (Hamburger Abendblatt v. 1.3.2007, S. 25). Der Personalleiter A380, Stephan Barlet, meinte: "Für Airbus komme es angesichts der Schlagzeilen über das Sparprogramm nun darauf an, sich als Unternehmen darzustellen, das auch Personal einstellt" (Hamburger Abendblatt vom 14./15.04.2007, S. 31). So las man dann im Hamburger Abendblatt: "Airbus sucht 1000 neue Mitarbeiter ... Dabei gehe es um 250 unbefristete Arbeitsplätze direkt bei Airbus und 750 Leihkräfte, sagte Firmensprecher Tore Prang dem Abendblatt." (ebenda) Allerdings: "Konkret geht es um die ersten 25 Jets, die nachgearbeitet werden müssen ... 'Da die schon produzierten Jets zumeist in Toulouse stehen, wird ein Teil der neuen Mitarbeiter auch dort eingesetzt werden', sagte Stephan Barlet, Personalleiter A380, dem Abendblatt." (ebenda). Kurze Zeit später titelte das Abendblatt: "Airbus streicht in Hamburg 2300 Jobs" (Hamburger Abendblatt vom 28./29.04.2007). Hamburg hat für 150 Mio. € Anteile an EADS gekauft (0,75% Anteil an EADS). Der Senat begründet das mit der Möglichkeit dadurch auf EADS Einfluss zu nehmen. Nur merkwürdigerweise sind die Anteile stimmrechtlos. Dazu Wirtschaftssenator Uldall im Abendblatt-Interview: "Uldall: Die Hansestadt hat sich mit 150 Millionen Euro an der EADS beteiligt. Dass die dafür erworbenen Aktien stimmrechtlos sind, ist dabei unbedeutend. Denn die Aktien sind im Paket mit den Anteilen von DaimlerChrysler gebündelt. Das Unternehmen vertritt also auch unsere Position mit." (Hamburger Abendblatt v. 20.2.07, S. 19) Bei DaimlerChrysler scheint man das allerdings anders zu sehen: "Dagegen pocht DaimlerChrysler auf seine politische Unabhängigkeit als EADS-Großaktionär. Im Entscheidungsgremium der Airbus-Muttergesellschaft seien die aus Stuttgart entsandten Verwaltungsratsmitglieder 'ausschließlich am Erfolg von EADS und Airbus orientiert', sagte der Co-Aufsichtsratsvorsitzende der EADS Manfred Bischoff. 'Daher ist die Unterstellung, sie handelten im nationalen, politischen Auftrag, absolut falsch', heißt es in einer Stellungnahme von DaimlerChrysler weiter." (Hamburger Abendblatt vom 22.02.2007, S. 23)

- Im Haushalt 2006 wurden Zuschüsse an private Unternehmen in Höhe von ca. 72,5 Mio. € getätigt (Zuschüsse für laufende Zwecke ca. 57,5 Mio. €, Zuschüsse für Investitionen ca. 15 Mio. €). Im Haushalt 2007 sind für Zuschüsse an private Unternehmen immer noch ca. 40,6 Mio. € vorgesehen (für laufende Zwecke ca. 14,4 Mio. €,

für Investitionen ca. 26,2 Mio. €), für das Jahr 2008 sind es ca. 36,8 Mio. € (für laufende Zwecke ca. 14 Mio. €, für Investitionen ca. 22,9 Mio. €). (Quelle: Finanzbericht 2007/2008)

Auch andere Ausgaben des Senates sind fragwürdig:

- So soll für 241 Mio. € die Elbphilharmonie gebaut werden. Davon übernimmt die Stadt 114,3 Mio. €. Obwohl die Baukosten 55 Mio. € mehr als geplant betragen, wurde das Projekt in der Bürgerschaft einstimmig, also mit den Stimmen von CDU, SPD und GAL beschlossen (Hamburger Abendblatt vom 1.3.2007, S. 1). Unklar ist ferner, inwieweit die laufenden Betriebskosten der Elbphilharmonie noch subventioniert werden müssen. Nun ist Musik ja nichts schlechtes, aber wenn der Senat einerseits mit Hinweis auf knappe Kassen das Sozialticket streicht, beim Schwimmunterricht für Schulen und bei Bücherhallen kürzt, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen an Private verkauft und andererseits den Reichen, die sich allein die teuren Eintrittskarten für die Elbphilharmonie leisten können, diese auch noch erheblich subventioniert, dann stimmen einfach die Prioritäten nicht. Auch ist zu fragen, ob mit der neuen Elbphilharmonie neben der Musikhalle nicht Überkapazitäten entstehen.
- Bei der Anbindung der Hafency an den öffentlichen Nahverkehr ließe sich ein dreistelliger Millionenbetrag sparen, wenn statt der teuren U-Bahn-Anbindung (Kosten: 255 Mio. € (Peiner 2006, S. 19)) eine Anbindung durch eine Stadtbahn gewählt würde. Da die Kosten der U-Bahn-Anbindung noch auf 298 Mio. € gestiegen sind, ist der Bundeszuschuss von 133 Mio. € mittlerweile fraglich geworden (Hamburger Abendblatt v. 22.3.2007, S. 14). Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hält eine Stadtbahnanbindung der Hafency für wesentlich günstiger: "Der BUND betont, dass die Kosten für einen Kilometer U-Bahn 5- bis 10-mal so hoch sind wie diejenigen für die Stadtbahn. Die Anbindung der Hafency wäre damit also für rund 30 Millionen Euro zu haben" (<http://vorort.bund.net/hamburg/2002.92+M5341d1bc3cc.0.html>)
- Leuchtturmprojekte: Der Senat hat "im April 2004 die Auflage des Sonderinvestitionsprogramms 'Hamburg 2010' (SIP) im Umfang von 1 Mrd. € beschlossen. Aus dem SIP werden insbesondere Infrastrukturprojekte und Vorhaben mit 'Leuchtturmcharakter' sowie internationaler Wirkung finanziert, mit dem Ziel, Hamburg zu einer starken Stadt zu machen, die Investitionen und Arbeitsplätze in der Wirtschaft anzieht." (Peiner 2006, S. 13). "Leuchtturmcharakter" ist erstmal ein zu deutendes Bild. Aus dem Kontext wird aber klar, dass ein Leuchtturm nach aussen strahlt, dass es um die Ausstrahlung nach aussen geht, darum im Rahmen der Standortkonkurrenz für neue Unternehmen attraktiv zu sein, indem man ihnen Vorteile verschafft. Im Innern dagegen bleibt alles dunkel: die benachteiligten Stadtteile z.B. gucken in die Röhre.
- Die militaristische Marinesammlung Tamm kostete im Jahr 2005 Hamburg 15 Mio. € (WASG Thesen, S. 22)

Andere Ausgabenposten wiederum sind zumindest diskussionsbedürftig:

- Ausgaben für die Internationale Gartenschau (Investitionsvolumen 80 Mio. €) (Peiner 2006, S. 19f.)
- Für "die internationale Bauausstellung werden insgesamt 100 Mio. € , davon ca. 80 Mio. € für Investitionen zur Verfügung gestellt." (Peiner 2006, S. 20, Hervorhebung H-J. P)
- Erweiterung der Messe (330 Mio. €.) (Peiner 2004, S. 25)
- Forcierter Ausbau der Inneren Sicherheit: "Seit 2001 ist die Zahl der Stellen bei der Polizei um insgesamt 669 gestiegen (Quelle: Produktinformationen). Im Zeitraum 2001 - 2006 nehmen die Betriebsausgaben der Behörde für Inneres um 12,9% zu. Damit setzen wir einen deutlichen Schwerpunkt im Bereich Innere Sicherheit!" (Peiner 2004, S. 23) "Investitionen für die Stärkung der Inneren Sicherheit von ca. 138 Mio. €" (Peiner 2004, S. 29). Fragwürdig ist, dass bei den benachteiligten Stadtteilen, bei den Arbeitslosen, im sozialen Bereich gespart wird und damit das Kriminalitätsproblem erst produziert wird, das man dann repressiv mit einem Ausbau der "Inneren Sicherheit" bekämpft. Eine vorbeugende, präventive Sozialpolitik könnte hier sinnvoller sein.
- Elbvertiefung: Die Gegner sagen, dadurch drohe eine Gefahr für die Deiche. Nach den Befürwortern ist die Elbvertiefung notwendig für große Containerschiffe. Jedenfalls betragen die Kosten: 350 Mio. €, davon Hamburg 102 Mio. €, Rest Bund (Hamburger Abendblatt vom 17./18. März 2007)
- Subvention des Hochwasserschutzes der Hafenunternehmen. Wegen des Klimawandels reicht der Hochwasserschutz vieler Hafenunternehmen nicht mehr. "'Wir wollen die Erhöhung der privaten Hochwasserschutzanlagen mit bis zu 50 Prozent der Kosten fördern', sagte Wirtschaftssenator Gunnar Uldall (CDU) im Gespräch mit dem Abendblatt. Rund 94 Millionen Euro werde der Senat dazu bereitstellen, so Uldall. Bis 2012 soll das Programm abgeschlossen sein. Adressaten des Programms sind vor allem die Hafenunternehmen." (Hamburger Abendblatt v. 12.3.2007, S. 13). Es ist zumindest zu fragen, warum die privaten Unternehmen ihren Hochwasserschutz nicht voll selbst zahlen. "Das notwendige Geld zur Finanzierung soll nach Ansicht Uldalls der vom Senat angestrebte Teilverkauf der HHLA bringen." (ebenda).

Insgesamt ist bemerkenswert, wie viele Projekte des Senates erheblich teurer wurden als geplant (Ortsumgehung Finkenwerder, Elbphilharmonie, Flughafen S-Bahn, Messe-Ausbau, S-Bahn-Ausbau Stade, Airbus-Landebahn-Verlängerung, Elbvertiefung, Containerterminal Altenwerder, U-Bahn-Anbindung Hafency) (Hamburger Abendblatt vom 28.3.2007, S. 13).

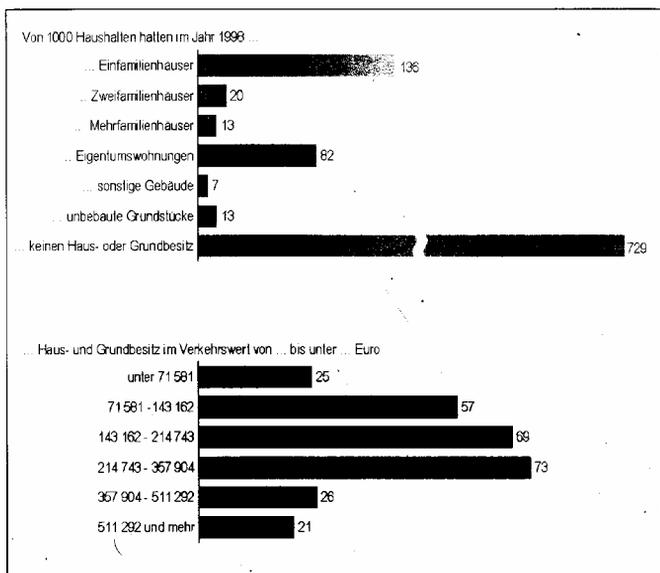
Aber auch auf der Einnahmeseite wären Spielräume:

- Die Grundbesitzer könnten durch eine Erhöhung der Grundsteuer zur Kasse gebeten werden. Der Grundbesitz in Hamburg ist hochkonzentriert: 72,9% der Hamburger Haushalte hatten 1998 keinen Haus- oder Grundbesitz. Von den restli-

chen 27,1% hatten 25% Haus- und Grundbesitz im Wert unter 1 Mio. DM (511.292 €). Nur 2,1% der Hamburger Haushalte hatten Haus- und Grundbesitz über 1 Mio. DM (511.292 Euro)

Ferner wird Grund- und Immobilienvermögen bei der Steuer immer noch deutlich unterbewertet. So heißt es im Memorandum 2004 zur Bewertung der Grund- und Immobilienvermögen: "Diese werden auch nach der Reform des Bewertungsverfahrens 1997 nach wie vor nur mit etwa der Hälfte ihres tatsächlichen Marktwertes besteuert." (S. 149). Der Hebesatz<sup>7</sup> für die Grundsteuer B<sup>8</sup> liegt in Hamburg mit 540 nur minimal leicht über dem entsprechenden durchschnittlichen Hebesatz der deutschen kreisfreien Städte mit über 500.000 Einwohnern. Der beträgt 533 Punkte (Statistisches Bundesamt 2005). Hamburg belegt unter den Stadtstaaten beim Hebesatz für die

**Grafik: Haus- und Grundbesitz der Hamburger Haushalte 1998**



<sup>7</sup> Bei der Besteuerung von Grundvermögen wird von einer Steuermesszahl von 3,5 Promille ausgegangen. Dieser wird auf den Grundstückswert angewendet. Das ergibt den Steuermessbetrag. Dieser Steuermessbetrag wird mit einem Vomhundertsatz (Hebesatz) multipliziert. Das ergibt den Betrag an Grundsteuer. Den Hebesatz bestimmt die Gemeinde.

<sup>8</sup> Die Grundsteuer B gilt für "normale" Grundstücke. Daneben gibt es die Grundsteuer A für Grundbesitz in der Land- und Forstwirtschaft.

Grundsteuer B den letzten Platz hinter Bremen (Hebesatz 572) und Berlin (Hebesatz 660) (Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung vom 23.08.2006). Immerhin hat der Senat die Grundsteuer in den vergangenen Jahren leicht erhöht von 490 auf 520 im Jahre 2004 und dann noch mal auf 540 im Jahre 2005) (Finanzbehörde: Pressemitteilung vom 7.3.2006). Bei ca. 383,4 Mio. € Aufkommen an Grundsteuer B in Hamburg (Statistisches Bundesamt 2005) brächte eine Erhöhung des Hebesatzes auf das Bremer Niveau ca. 22 Mio. € haushaltswirksamer Mehreinnahmen in Hamburg.

- Erhöhung der Grunderwerbssteuer: Die Grunderwerbssteuer ist eine Steuer auf Grundstückskäufe. Die Steuer richtet sich nach dem Kaufpreis. Der Steuersatz beträgt 3,5%. "Seit dem 1.9.2006 dürfen die Bundesländer den Steuersatz selbst festlegen." (<http://de.wikipedia.org/wiki/Grunderwerbsteuer>). Berlin hat davon Gebrauch gemacht und den Steuersatz zum 1.1.2007 auf 4,5% erhöht (ebenda). Hamburg hatte 2005 Einnahmen aus der Grunderwerbssteuer in Höhe von 181 Mio. € (Peiner 2006). Würde Hamburg dem Berliner Beispiel folgen und den Steuersatz von 3,5% auf 4,5% erhöhen, ergäben sich - wenn das Volumen der Grundstücksverkäufe gleich bleibt - haushaltswirksame Steuer Mehreinnahmen in Höhe von ca. 50 Mio. € für Hamburg. Im Hamburger Senat allerdings "sieht man für eine Erhöhung der Grunderwerbsteuer aktuell keinen Anlass: 'Es gibt derzeit keinerlei Überlegungen im Senat. Das ist kein Thema für Hamburg', ließ ein Sprecher verlauten." (Die Welt v. 25.01.2007, S. 23)
- Angesichts der Tatsache, dass mit der Unternehmenssteuerreform 2008 die Steuermesszahl bei der Gewerbesteuer von 5% auf 3,5% gesenkt werden soll, was bei unveränderten Hebesätzen der Gemeinden zu Steuerausfall bei der Gewerbesteuer führt, könnte Hamburg hier kompensierend den Hebesatz<sup>9</sup> erhöhen. Dafür ist umso mehr Spielraum als auch der Körperschaftssteuersatz für Kapitalgesellschaften und der Einkommenssteuersatz für einbehaltene Gewinne bei Personenernehmen gesenkt werden soll. Oft wird argumentiert, dass Hamburg den höchsten Gewerbesteuerhebesatz aller Bundesländer (Bundesdurchschnitt: 389) hat. Das ist zwar wahr, dennoch ist der Hebesatz in Hamburg nicht übermäßig hoch. Der Hebesatz in Hamburg (470) liegt nur geringfügig über dem durchschnittlichen Hebesatz aller kreisfreien Städte mit über 500.000 Einwohnern in Deutschland (Hebesatz 459)<sup>10</sup> (Statistisches Bundesamt 2005) und liegt immer noch unter dem Hebesatz einer vergleichba-

---

<sup>9</sup> Zum Begriff Hebesatz siehe Fußnote 2

<sup>10</sup> So ist die Gewerbesteuerbelastung des Gewinns in Hamburg nur ca. 0,55 Prozentpunkte oder 2,4 Prozent höher als die entsprechende durchschnittliche Belastung in den deutschen kreisfreien Städten mit mehr als 500.000 Einwohnern. Dabei ist noch nicht berücksichtigt, dass die Gewerbesteuer als Betriebsausgabe von ihrer eigenen Bemessungsgrundlage und von der Bemessungsgrundlage der Körperschaftsteuer abgezogen werden kann. Berücksichtigt man dies ergibt sich: Bei 100 Euro Gewinn zahlt eine Kapitalgesellschaft in Hamburg 40,384615 Euro, im Durchschnitt der kreisfreien Städte mit über 500.000 Einwohnern sind es 40,117934 Euro. Damit ist die Gewinnbelastung in Hamburg nur 0,27 Prozentpunkte oder 0,66 Prozent höher.

ren Stadt wie München (Hebesatz 490) oder einiger kleinerer Städte wie Bottrop (490) oder Gelsenkirchen (480)<sup>11</sup>  
(<http://www.dihk.de/inhalt/themen/rechtundfairplay/steuerrecht/gewerbesteuer/>).

Würde Hamburg den Hebesatz auf das Niveau von München heben, wäre die Steuerbelastung des Gewinns bei Hamburger Unternehmen nur geringfügig höher<sup>12</sup>. Die Gewerbesteuererinnahmen in Hamburg betragen im Jahre 2005 ca. 1,73 Mrd. € (Statistisches Bundesamt 2005). Eine Anhebung der Hebesätze in Hamburg auf das Niveau von München würde Hamburg - wenn die Summe der Hamburger Gewerbeerträge gleich bleibt - ca. 57 Mio. € haushaltswirksamer Mehreinnahmen bescheren. Wegen der Standortkonkurrenz könnten Verhandlungen mit den Hamburger Umlandgemeinden zwecks einer koordinierten Anhebung der Hebesätze in der Region sinnvoll sein. Die Umlandregion ist dafür schon quasi in Vorleistung getreten. Während der Hebesatz in Hamburg in den letzten Jahren konstant blieb, erhöhte sich der durchschnittliche Hebesatz in der Metropolregion um Hamburg leicht<sup>13</sup>.

- Ein zusätzlicher Betriebsprüfer bringt lt. Veröffentlichung der Finanzbehörde ca. 1 Mio. € ein. (WASG Thesen, S. 23). Für das Jahr 2003 haben rund 640 Betriebsprüfer einen Mehrbetrag von 690 Mio. € an Steuereinnahmen hereingebracht. (Hamburger Abendblatt vom 7.5.2004). 150 zusätzliche Betriebsprüfer in Hamburg würden also rund 150 Millionen Euro reinbringen. Ein zusätzlicher Einnahmeeffekt könnte erzielt werden, wenn man sich in der Prüfung stärker auf Großunternehmen konzentrieren würde. So betragen die steuerlichen Mehrergebnisse je Betriebsprüfer im Jahre 2003 im Finanzamt für Großunternehmen ungefähr das 3-fache eines durchschnittlichen Hamburger Betriebsprüfers (Bürgerschaft: Drucksache 18/43 vom 02.04.04, S. 2). Der Bundesrechnungshof hat gerügt, dass bundesweit jährlich nur ca. 15% der so genannten Einkunftsmillionäre (über 1 Mio. DM bzw. 0,5 Mio. €) durch Außenprüfungen geprüft werden. (Bundesrechnungshof 2006). In Hamburg gibt es 880 solcher Einkunftsmillionäre. (Bürgerschaft Drucksache 18/5313) "Im Jahr 2005 wurden 26 Prüfungen und im Jahr 2006 (Stand 30. September) neun Prüfungen durchgeführt." (ebenda S. 2). Das macht im Jahresdurchschnitt 20 Prüfungen. Das sind bezogen auf die 880 Einkunftsmillionäre rund 2,3%. Da jeweils ein Zeitraum von 3 Jahren je Prüfung geprüft wird, muss man das mal 3 nehmen und kommt dann darauf, dass in Hamburg rund 6,8% der Einkunftsmillionäre jährlich geprüft werden. Das sind deutlich weniger als die 15%, die der Bundesrechnungshof bundesweit ermittelt und schon als deutlich zu gering kritisiert hat. Geht man davon aus, dass, wie der Bundesrechnungshof ermittelt hat, pro Außenprüfung bei einem Einkunftsmillionär steuerli-

---

<sup>11</sup> Auch Frankfurt hatte bis vor kurzem einen Hebesatz von 490 bei der Gewerbesteuer. Der wurde allerdings zum 1.1.2007 auf 460 gesenkt.

<sup>12</sup> Bei Kapitalgesellschaften wäre die Steuerbelastung des Gewinns ca. 0,48 Prozentpunkte oder 1,19% höher

<sup>13</sup> So stieg der durchschnittliche Hebesatz in der Metropolregion Hamburg von 416 im Jahre 2002 (Metropolregion ohne Hamburg: 328) auf 422 im Jahre 2005 (Metropolregion ohne Hamburg: 336) (Quelle: Statistikamt Nord: Online Datenbank).

che Mehreinnahmen von 135.000 €<sup>14</sup> erzielt werden, dann ergäbe die Prüfung der restlichen 93 % der 880 Einkunftsmillionäre Mehreinnahmen von rund 110,5 Mio. € pro Dreijahreszeitraum. SPDler haben 2004 einen Antrag auf Einstellung von immerhin 50 zusätzlichen Steuerbeamten, vorzugsweise Betriebsprüfer in der Bürgerschaft gestellt (Bürgerschaft Drucksache 18/411). Der Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen von SPD und GAL abgelehnt. In dieses Bild passt, dass am 1.7.2006 in der Steuerverwaltung 149,5 Planstellen nicht besetzt waren (Bürgerschaft: Drucksache 18/4803) (Zum Vergleich 2005 gab es 3.362 Stellen in der Hamburger Steuerverwaltung (Bürgerschaft: Drucksache 18/3091)). Allerdings ist bei den Mehreinnahmen aus Steuer- und Betriebsprüfung zu berücksichtigen, dass ein erheblicher Teil davon an den Bund und in den Länderfinanzausgleich geht und entsprechend weniger im Hamburger Haushalt landet.

Klar ist, dass der CDU-Senat die kommunalen Steuern eigentlich eher senken will: "...wir werden auch keine höheren Steuersätze in Hamburg einführen - weder bei der Gewerbesteuer noch bei der Grundsteuer. Wir erklären auch hier klar, wenn sich die Gewerbesteuer in Hamburg verändern sollte, dann nur nach unten, nicht nach oben." (Peiner 2003, S. 6). Es passt in dieses Bild, dass die Unternehmen in Hamburg steuerlich sehr lasch geprüft werden. So hat das Mainzer Marktforschungsinstitut forum! gemeinsam mit dem Unternehmermagazin "impulse" die 575 deutschen Steuerbehörden danach untersucht, wie scharf Unternehmen geprüft werden, und ein entsprechendes Ranking aufgestellt: "Exklusiv-Studie deckt Deutschlands schärfste Finanzämter für Unternehmer auf" ([http://www.mitgliederfocus.de/news\\_im\\_detail\\_01.htm](http://www.mitgliederfocus.de/news_im_detail_01.htm)). Danach kommt Hamburg auf den letzten Platz aller Bundesländer (d.h. in Hamburg werden die Unternehmen am wenigsten scharf geprüft). (<http://www.impulse.de/the/ste/264307.html>). Innerhalb Hamburgs kommt das Finanzamt für Großunternehmen auf den letzten Platz (prüft am laschesten). Es belegt bundesweit den vorletzten Rang 574 von 575 getesteten Finanzämtern. (<http://www.impulse.de/the/ste/264318.html>). So wundert auch folgende Abendblatt-Meldung nicht: "So sind 95 Prozent der Hamburger Unternehmen mit der Arbeit des Senats der Hansestadt zufrieden, nannte Driftmann das Ergebnis einer Umfrage unter 60 Hamburger Managern. Am besten werde die Arbeit der Finanzbehörde bewertet" (Hamburger Abendblatt vom 20.4.2007, S. 25. Driftmann ist Präsident der Unternehmensverbände Hamburg und Schleswig-Holstein (UV Nord)).

Diskutierenswert ist auch die Frage der Verschuldung. Der Senat fährt ein Konsolidierungsprogramm mit dem Ziel, dass nicht mal mehr die Investitionen kreditär finanziert werden. "Nettokreditaufnahme darf mittelfristig nicht mehr notwendig sein, um Investitionen zu finanzieren" (Peiner 2006, S. 12). Diese Politik verringert die die Wirtschaft ankurbelnde staatliche Nachfrage.

---

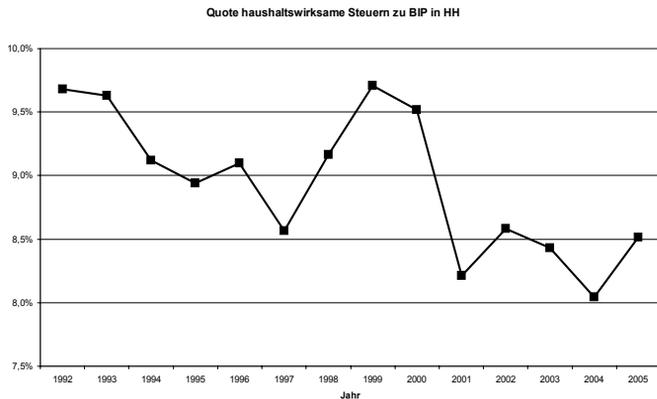
<sup>14</sup> Der Hamburger Senat hat merkwürdigerweise deutlich geringere durchschnittliche steuerliche Mehrergebnisse festgestellt: 39.140 € für das Jahr 2005 und 28.151 € für das Jahr 2006. Ich vermute, dass dies daran liegt, dass in Hamburg dieser Personenkreis deutlich lascher als im Bundesgebiet geprüft wird, was vom Ergebnis, dass Hamburg die Unternehmer am laschesten prüft (siehe unten) bekräftigt wird.

### 5. Die landespolitischen Haushaltsprobleme Hamburgs sind nicht wirklich durch Hamburger Landespolitik zu lösen.

Die allermeisten Einnahmen der Stadt Hamburg werden auf Bundesebene festgelegt (Einkommenssteuer, Körperschaftssteuer, Mehrwertsteuer, Vermögensteuer, etc.). Die Hamburger Haushaltslage hängt wesentlich von der Bundespolitik ab. Allein durch die Steuerreform der Bundesregierung gab es im Jahr 2001 in Hamburg ca. 1,2 Mrd. DM weniger Steuereinnahmen. (Hackbusch). Die haushaltswirksamen Steuereinnahmen Hamburgs sanken von 6.907 Mio. € im Jahre 2000 auf 6.277 Mio. € im Jahre 2001, also um 630 Mio. € oder 9,1% (Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein: 500 Jahres-Zeitreihen). Auch der damalige Hamburger Finanzsenator Peiner führt das wesentlich auf die rot-grüne Steuerreform zurück. Peiner: "Das schlechte Hamburger Ergebnis ist vor allem auf zwei Effekte zurückzuführen: Einerseits sind die Auswirkungen der Steuerreform 2000 auf Hamburg offenbar erheblich größer als ursprünglich angenommen, andererseits sind wir Opfer der schlechten konjunkturellen Entwicklung in Deutschland." (Peiner zitiert nach Pressestelle der FHH 2001). Aber die Steuerreform ging ja weiter: "Das Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform kostet Hamburg über 200 Mio. € im Jahr 2004" (Peiner 2003, S. 7)

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) betrug im Jahr 2000 in Hamburg 72.554 Mio. €. Im Hamburger Haushalt verblieben damals 6.907 Mio. € der Steuereinnahmen. Die Quote betrug also 9,5%. Im Jahre 2005 verblieben bei einem BIP von 82.938 Mio. € im Hamburger Haushalt 7.064 Mio. € der Steuereinnahmen. Quote: 8,5 %. Hätte diese vermutlich durch die Bundessteuerreform bedingte Senkung der Quote nicht stattgefunden, so hätte Hamburg im Jahre 2005 haushaltswirksame Mehreinnahmen von 831 Mio. €. Für das Jahr 2004, in dem die Quote nur 8,0% war errechnen sich bei Annahme der 2000er-Quote (9,5%) gar 1,22 Mrd. €. Auch dies sind keine Einzelzahlen wie folgendes

Diagramm zeigt:



Der Durchschnitt dieser Quoten betrug für die Jahre 1992 bis 2000 etwa 9,3%, für die Jahre 2001 bis 2005 etwa 8,4% (Im Jahre 2006 betrug die Quote etwa 8,6%). (Quellen: Statistisches Amt

für Hamburg und Schleswig-Holstein 2007, Peiner 2006, Peiner 2004, Peiner 2003;

Bürgerschaft Drucksache 18/3490, Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein Zeitreihen, Finanzbericht 2004, eigene Berechnungen). Grob gesprochen: Ohne die rot-grüne Steuerreform, die Reiche, Spitzenverdiener und Konzerne entlastete und dadurch die Steuereinnahmen erheblich reduzierte, hätte Hamburg jährlich 10,7% oder etwa 700 Mio. € höhere haushaltswirksame Steuereinnahmen.

Werden die wesentlichen finanzpolitischen Entscheidungen für Hamburg auf Bundesebene getroffen, dann wird es umso wichtiger, wie Hamburg - etwa über den Bundesrat - auf die Bundespolitik Einfluss nimmt. So sagte denn auch Ex-Finanzsenator Peiner: "Einnahmen sichern wir durch aktive Gestaltung von Steuergesetzen im Bundesrat." (Peiner 2004, S. 21). Allerdings ist die Einflussnahme Peiners und des Hamburger CDU-Senates auf die Bundespolitik eher derart, dass Reiche, Spitzenverdiener und Konzerne nicht stärker belastet werden, sondern entlastet werden und somit die Steuereinnahmen auch Hamburgs weiter reduziert werden:

- In kleinen Teilen der SPD gab es mehrere Ansätze zu einer Wiedereinführung der Vermögenssteuer, einer Erhöhung der Erbschaftssteuer und einer Mindestbesteuerung von Unternehmen. Aufgabe des Senats wäre es diese Vorschläge im Bundesrat zu unterstützen, bzw. dort selbst solche Anträge zu initiieren. Aber der CDU-Senat denkt gar nicht daran. Finanzsenator Peiner: "Wir erteilen allen Bemühungen der Sozialdemokraten, eine Vermögenssteuer neu einzuführen, auch heute und hier eine klare Absage." (Peiner 2003, S. 6). "Die Erhöhung von Steuern, z.B. der Erbschaftsteuer und Vermögenssteuer bringt nichts ..." (Peiner 2004, S. 18).
- Die mittlerweile beschlossene Reichensteuer (Erhöhung des Spitzensteuersatzes für sehr hohe Einkommen von 42% auf 45%) hat Peiner von Anfang an abgelehnt: "Peiner gegen Reichensteuer. Finanzsenator Wolfgang Peiner (CDU) hat seine Parteifreunde davor gewarnt, in den Berliner Koalitionsverhandlungen der Einführung der Reichensteuer zuzustimmen. 'Hamburg ist eindeutig. Wir halten eine Erhöhung der Einkommenssteuer für falsch', sagte Peiner in einem Interview mit der 'Frankfurter Allgemeinen'." (Hamburger Abendblatt vom 10.11.2005, S. 14).
- Peiner hat ein Hamburger Modell zur Unternehmensteuerreform vorgelegt. Ähnlich wie in dem mittlerweile vom Kabinett beschlossenen Gesetzentwurf soll der Körperschaftsteuersatz danach von 25% auf 15% reduziert werden und die Steuermesszahl bei der Gewerbesteuer gesenkt werden. Soll nach dem Gesetzentwurf der Bundesregierung die Steuerbelastung des Gewinns der Kapitalgesellschaften von 38,65% auf 29,83% sinken (jeweils Körperschaftsteuer plus Gewerbesteuer plus Solidaritätszuschlag), so sollte die Gewinnbelastung nach dem "Hamburger Modell" sogar noch stärker gesenkt werden: "Das Reformmodell des Finanzsenators basiert im Kern auf einer Absenkung der Gesamtsteuerbelastung für Unternehmen auf rund 25 Prozent (Körperschaftsteuer, Kommunaler Unternehmensteuer und Solidaritätszuschlag)" (Finanzbehörde 2006). Auch die Besteuerung von Dividenden bei Spitzenverdienern soll im Hamburger Modell leicht geringer ausfallen als im Entwurf der Bundesregierung. Während im Konzept der Bundesregierung den Entlastungen in Höhe von ca. 30 Mrd. € eine - wenn auch wacklige und unsichere - Gegenfinanzie-

zung von etwa 25 Mrd. € gegenüber steht, so heißt es im Hamburger Modell schlicht: "Das Konzept verzichtet bewusst auf konkrete Vorschläge zur Gegenfinanzierung." (Hamburger Modell, S. 10)

Die Politik des SPD/Linkspartei.PDS-Senats in Berlin zeigt, wie eng die landespolitischen Spielräume für soziale Politik sind. Die Massenarbeitslosigkeit - die kaum durch Hamburger Politik beseitigt werden kann, sondern nur durch eine andere Bundespolitik - schränkt den finanzpolitischen Spielraum Hamburgs erheblich ein (s.o.). Die Standortkonkurrenz zwischen den Kommunen behindert in Hamburg eine mögliche Politik der Belastung der Konzerne. Eine Erhöhung der Hamburger Steuereinnahmen (etwa durch mehr Steuer- und Betriebsprüfungen) stößt auf das Problem, dass ein erheblicher Teil der Steuererhöhungen an den Bund geht oder im Rahmen des Länderfinanzausgleichs an andere Länder, so dass entsprechend weniger für den Hamburger Haushalt verbleibt. Der hohe Schuldenstand Hamburgs verringert die haushaltspolitischen Gestaltungsmöglichkeiten.

## 6. Daher brauchen wir eine andere Finanzpolitik auf Bundesebene

Für eine Reform der Steuerpolitik auf Bundesebene liegen von linker Seite drei verschiedene, aber ähnliche Vorschläge vor: Das Konzept der Memorandumsgruppe, einer Vielzahl von linken Wirtschaftswissenschaftlern (Memorandum 2003 und Memorandum 2004), das "Konzept für eine 'Solidarische Einfachsteuer' (SES)" von attac und ver.di vom Mai 2004<sup>15</sup> sowie das Konzept der PDS "Umsteuern. Unser Konzept zur Reform des deutschen Steuersystems" vom November 2004.

Alle 3 Konzepte fordern folgende Punkte<sup>16</sup>:

- Erhöhung des Spitzensteuersatzes (Memo:48,5%, PDS:50%, attac/ver.di:45%)
- Abschaffung des Ehegattensplittings, das vor allem die Spitzenverdiener begünstigt.
- Erhöhung des Körperschaftsteuersatzes (Memo:45%, PDS: progressiv gestaffelt von 25% bis 35%, attac/ver.di:30%)
- Ausbau der Steuerprüfung und Bekämpfung der Steuerhinterziehung<sup>17</sup>
- Stärkere Besteuerung der Spekulationsgewinne auf Wertpapiere und Immobilien
- Besteuerung der Veräußerungsgewinne von Unternehmen
- Wiedereinführung der Vermögenssteuer (Memo:1%, attac/ver.di:1%, PDS: progressiv bis 2,5%)
- Erhöhung der Erbschaftssteuer durch realistischere Bewertung der Immobilienvermögen

<sup>15</sup> Dazu gibt es mittlerweile eine überarbeitete und aktualisierte Fassung vom Juli 2005

<sup>16</sup> Die Memogruppe und die PDS fordern noch zusätzlich eine Börsenumsatzsteuer und eine Tobin-Tax (Steuer auf Devisentransaktionen)

<sup>17</sup> Zur Bekämpfung der Steuerflucht fordert die WASG "dass Bundesbürger mit Wohnsitz im Ausland, analog zum US-Steuerrecht, grundsätzlich nach deutschem Steuerrecht behandelt werden und ihre Staatsbürgerschaft verlieren, falls sie steuerflüchtig werden. (<http://parteitagsportal.de//cms//content//view//60/1/>). Die Linksfraktion im Bundestag hat ähnliche Positionen.

➤ Ersetzung der Gewerbesteuer durch eine Gemeindegewerbesteuer.

Die Gemeindegewerbesteuer unterscheidet sich von der Gewerbesteuer im Wesentlichen durch 2 Punkte:

- a) Der Kreis der Steuerpflichtigen ist größer. Während bei der Gewerbesteuer nur ein Teil der Gewerbebetriebe erfasst wird, werden bei der Gemeindegewerbesteuer "die gesamten Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit einbezogen. Dazu zählen auch Freiberufler, die sich vor allem auf Dienstleistungsbereiche konzentrieren." (attac/ver.di 2004, S. 15).
- b) Die Bemessungsgrundlage wird verbreitert: "Besteuert wird die Wertschöpfung abzüglich der Lohnkosten oder anders ausgedrückt: der Gewinn zuzüglich aller Schuldzinszahlungen, Mieten, Pachten, Leasingraten und Lizenzgebühren." (PDS 2004, S. 19). Bei der Gewerbesteuer hingegen wird zurzeit im Wesentlichen der Gewinn besteuert. Die anderen Wertschöpfungsgrößen werden nur teilweise und wie z.B. bei Dauerschuldzinsen nur zu 50% (nach der geplanten Unternehmensteuerreform 2008 nur zu 25%) hinzugerechnet.

Diese Gemeindegewerbesteuer verfolgt im Wesentlichen 3 Ziele:

- a) Die desolate Finanzlage der Kommunen wird verbessert indem der Kreis der Steuerpflichtigen und die Bemessungsgrundlage für die Steuer erweitert werden.
- b) Das Steueraufkommen ist weniger konjunkturanfällig, da die Wertschöpfung im Konjunkturverlauf nicht so stark schwankt wie die Gewinne.
- c) Die Verlagerung von Gewinnanteilen in Niedrigsteuergebiete durch unternehmensinterne Manipulationen/Verrechnungen wird erschwert. Durch die Mitbesteuerung der Zinsen z.B. ist es nicht mehr möglich durch Aufnahme eines überteuerten Kredits bei einer Tochterfirma in einem Niedrigsteuergebiet die Bemessungsgrundlage für die Besteuerung zu vermindern (und damit die Steuer) weil nicht nur der Gewinn die Bemessungsgrundlage darstellt, sondern die Zinsen auch in die Bemessungsgrundlage eingehen.

Mit solchen und einigen anderen Forderungen errechnet die Memo-Gruppe steuerliche Mehreinnahmen von 129 Mrd. € auf Bundesebene (Memorandum 2003, S. 139). Bei 441,7 Mrd. € Steuereinnahmen im Jahre 2002 errechnete sich dadurch eine Steigerungsrate von 29,2%. Rechnet man diese Steigerung auf die in Hamburg verbleibenden Steuern (7.064 Mio. € im Jahr 2005) um, so ergäben sich in Hamburg haushaltswirksame Mehreinnahmen von ca. 2 Mrd. €. Das Konzept der PDS will die zusätzlichen Steuereinnahmen zum Teil als Steuererleichterungen an Niedrigverdiener weitergeben und kommt dann zu einem Saldo von Mehreinnahmen von 64 Mrd. € jährlich im Bundesgebiet. Das Konzept von attac und ver.di will ebenfalls die Mehreinnahmen teils als Steuerentlastungen an Niedrigverdiener weitergeben und zusätzlich davon die Kinderbetreuung ausbauen, so dass ein Positiv-Saldo von jährlich 36,4 Mrd. € verbleibt<sup>18</sup>.

---

<sup>18</sup> Nach der überarbeiteten und aktualisierten Fassung vom Juli 2005

Auch auf der Ausgabenseite ist Finanzvolumen mobilisierbar. So tut es nicht Not, dass im Haushalt 2006 die nicht eben kleine Summe von 27,8 Mrd. € für Rüstung ausgegeben wird.

Ferner ist zu berücksichtigen, dass unsere Forderungen nach einem Investitionsprogramm, nach Ausbau der Bereiche Bildung und Soziales sowie nach einem Ausbau des öffentlichen (geförderten) Sektors erhebliche Selbstfinanzierungseffekte haben, da durch die neuen Beschäftigungen auch Steuermehreinnahmen generiert und Zahlungen für Arbeitslosenunterstützungen reduziert werden.

Ferner wäre die Frage der Verschuldung zu diskutieren. Die Memorandumsgruppe etwa schreibt zu ihrer Forderung nach einem groß dimensionierten Investitionsprogramm. "Darüber hinaus ist auch darauf hinzuweisen, dass eine erfolgreiche Beschäftigungspolitik zu mehr Steuer- und Beitragseinnahmen und damit zu einer erheblichen Entlastung der öffentlichen Haushalte führt. Für diesen Teil können die Staatsausgaben durch die Aufnahme öffentlicher Schulden vorfinanziert und später aus den höheren Steuereinnahmen zurückgezahlt werden." (Memorandum 2006, S. 32f.). "In Phasen der wirtschaftlichen Wachstumsschwäche nimmt durch die schuldenfinanzierten Staatsausgaben die gesamtwirtschaftliche Nachfrage ohne Inflation zu." (Memorandum 2005, S. 150). "Jedenfalls ist es ökonomisch und generationsübergreifend sinnvoll, die allokativ genutzte Schuldenaufnahme an das Ausmaß der öffentlichen Investitionen zu binden: Ausgaben stellen nur dann öffentliche Investitionen dar, wenn sie dazu beitragen, die ökonomische und ökologische Entwicklungsqualität zu stärken. Soweit dann künftige Generationen Nutznießer der heute getätigten öffentlichen Investitionen ... sind, bietet die Staatsverschuldung die Möglichkeit, diese an der Finanzierung zu beteiligen ('pay as you use'). Vererbt werden allerdings auch die Gläubiger- und Kreditnehmerpositionen. In der künftigen Generation erfolgt jedoch eine Umverteilung zwischen den Zinszahlern (öffentliche Haushalte) zu den Zinsbeziehern (Gläubiger im In- und Ausland). Dieser an künftige Generationen vererbte Verteilungskonflikt ließe sich aber durch zinslose Notenbankkredite lösen. Leider sind sie im Rahmen der EZB-Verfassung strikt verboten." (Memorandum 2005, S. 154f.)

## 7. Wer die Konzerne belasten will, muss etwas zur Standortkonkurrenz sagen

*"Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch, daß sie einerseits in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, andererseits dadurch, daß sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten."* (Marx/Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, S. 60)

Anlässlich des 1. Armutsberichts der Bundesregierung, der eine Polarisierung von arm und reich in der BRD konstatierte, las man im Hamburger Abendblatt vom 25.04.01

einen Kommentar. Unter der Überschrift "Relativ" wird die bundesrepublikanische Armut zunächst relativiert. Da sie aber dennoch da ist, heißt es in dem Kommentar weiter: "Wer daran etwas ändern möchte, müsste massiv umverteilen. Doch wer kann das ernsthaft wünschen? Jeder Versuch, den Reichen zu nehmen, um den, statistisch gesehen, Armen zu geben, würde nur zu Kapitalflucht führen – mit den bekannten negativen Folgen für die gesamte Wirtschaft. Und die hätten wiederum nicht die Reichen, sondern vor allen Dingen die relativ Armen zu tragen."

Das Standortargument ist das Hauptargument mit dem gegenwärtige neoliberale Regierungspolitik auf Bundes-, Länder- und Kommunalebene gerechtfertigt wird. Die Airbus-Subventionen wurden mit der Standortkonkurrenz gegenüber Toulouse und Rostock begründet. Die von der Regierung beschlossene Unternehmenssteuerreform 2008 wird mit der Standort- und der Steuerkonkurrenz begründet. Der Hamburger CDU-Senat will Hamburg im bundesweiten und internationalen Kampf der Standorte um Industrieansiedlungen zur "wirtschaftsfreundlichsten Stadt" (Regierungsprogramm 2004–2008, S. 20) zur einer der "World Winning-Cities" (Regierungsprogramm 2004–2008, S. 6) machen, mit "dem Ziel, die Standortbedingungen zu verbessern und die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken" (Regierungsprogramm 2004–2008, S. 8). Eine solche Position ist für Sozialisten nicht hinnehmbar. Unser Ausgangspunkt muss vielmehr ein solidarischer Internationalismus und Interregionalismus sein. Denn die Standortkonkurrenz ist ein Nullsummenspiel. Was die eine Region gewinnt, verliert eine andere. Das einzige Globalergebnis ist die Absenkung sozialer, ökologischer, demokratischer und steuerlicher Standards und die drastische Bereicherung der Konzerne über alle Regionen hinweg. So sank die durchschnittliche Körperschaftsteuerbelastung der Unternehmen in der EU von 38% im Jahre 1993 auf 25,8% im Jahre 2006 (KPMG: Corporate Income Tax Rate. A Trend Analysis, 2006)

Als systemimmanente Alternativen bieten sich an:

- Höhere Besteuerung immobiler Produktionsfaktoren, also von Grund und Boden
- Als Alternative zum Steuersenkungswettbewerb bei den Unternehmenssteuern schlägt die Memo-Gruppe vor: "Die Bundesregierung sollte daher in der EU darauf hinwirken, diese Konkurrenz durch eine weitgehende Harmonisierung der Bemessungsgrundlage und des Steuersatzes zu beenden und letzteren deutlich mittelfristig mindestens auf 45 vH. anzuheben." (Memorandum 2004, S. 36 f., Hervorhebung H-J.P)
- Aufgrund zahlreicher Doppelbesteuerungsabkommen ist in der internationalen Besteuerung das Quellenprinzip dominant. Das heißt für ausländische Direktinvestitionen bundesdeutscher Konzerne ist der ausländische Steuersatz maßgebend. Die entsprechenden Erträge werden dann im Inland freigestellt. Die Memo-Gruppe schlägt vor, das Quellenprinzip durch das Sitzlandprinzip zu ersetzen: "Erstens ist es notwendig, die internationale Steuerkonkurrenz weitgehend abzuschaffen. Zu diesem Zweck sollte das Welteinkommensprinzip auch bei der Unternehmensteuer strikt

beachtet und durchgesetzt werden: Unternehmensgewinne sind insgesamt, d.h. unabhängig vom Land ihres bilanziellen Ausweises (das oft nicht das Land ihrer Entstehung ist), dort zu versteuern, wo das Unternehmen seinen Hauptsitz hat. Dabei können im Ausland bereits aufgrund dortiger Gesetze gezahlte Steuern von der Gesamtsteuerschuld abgezogen werden. Wo die Verwirklichung dieses einfachen und gerechten Prinzips durch Doppelbesteuerungsabkommen be- oder verhindert wird, sollten diese gekündigt werden." (Memorandum 2004, S. 36). Ein ähnliches Konstrukt könnte evtl. auch die Steuersenkungskonkurrenz der Kommunen um Industrieansiedlungen bei der Gewerbesteuer reduzieren. Auch attac und ver.di fordern das Quellenprinzip durch das Sitzlandprinzip zu ersetzen (attac/ver.di 2004, S. 7). Dieses Prinzip würde deutsche Unternehmen hindern Produktion oder Gewinnanteile in Steuer-oasen zu verlagern, da sie ja auch dann in Deutschland mit dem deutschen Steuersatz nachversteuert werden müssten.

- Ein Stopp der Privatisierung und statt dessen eine Ausweitung des öffentlichen Wirtschaftssektors würden den Druck durch die Standortkonkurrenz abmildern. Denn ein Staat wird sich kaum über seine eigenen Unternehmen mittels der Drohung von Abwanderung selbst erpressen.

## 8. Die Standortkonkurrenz stellt die Systemfrage

Die unter 7. beschriebenen Lösungsversuche sind problematisch:

- Die Besteuerung von Immobilienvermögen ergibt kein ausreichendes Volumen.
- Es wird schwierig sein, sich im europäischen Maßstab oder gar weltweit auf einheitliche finanzpolitische Standards zu einigen, zumal es bei einer Einigung auf höhere Steuern immer den Anreiz für einzelne Regionen gibt auszuscheren, den Steuerstandard zu unterbieten und damit Industrieansiedlungen anzuziehen.
- Beim Sitzlandprinzip hängt die Wahl des Unternehmenssitzes immer noch vom internationalen Steuergefälle ab. Aus logistischen Gründen werden die Unternehmen erhebliche Teile ihres Unternehmens in Nähe des Firmensitzes ansiedeln wollen. Damit das Sitzlandprinzip wirklich dazu führt, dass Steuerfragen keinen Einfluss auf die Standortwahl von Betrieben haben, müsste das Anrechnungsverfahren so gestaltet sein, dass auch wenn ein Unternehmen mit Sitz im Niedrigsteuerland in einem Hochsteuerland investiert, es die zuviel gezahlte Steuer im Niedrigsteuerland zurück kriegt. Das wird schwer durchsetzbar sein, da es dem Niedrigsteuerland nicht gefallen wird, Steuern für das Hochsteuerland zu zahlen (vgl. Schratzenstaller, S. 204). Entsprechend schränken auch attac/ver.di ein: "Ausländische Steuern können bis maximal zur Höhe der deutschen Steuer angerechnet werden." (attac/ver.di 2004, S. 7). Dann aber ist noch immer keine Standortneutralität der Steuerwirkung gegeben, sondern ein Unternehmen könnte sich der höheren deutschen Steuer entziehen, indem es Direktinvestitionen und Hauptsitz in eine Steueroase verlegt.

Das logisch einfachste, das nach Brecht schwer zu machen ist, wäre es, die profitorientierten Standortentscheidungen der privaten Unternehmer deren Verfügungsgewalt

zu entziehen und in die Hände der gesamten Gesellschaft zu legen. Das erforderte den Übergang der Großunternehmen in gesamtgesellschaftliches Eigentum. Allerdings sind die Vorstellungen über ein sozialistisches Wirtschaftssystem in der Linken derart vage und selbst innerhalb der Linkspartei nicht einheitlich, so dass eine eigenständige Diskussion dazu notwendig wäre.

## Quellen:

- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum 2003, Köln 2003.  
 Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum 2004, Köln 2004.  
 Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum 2005, Köln 2005.  
 Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum 2006, Köln 2006.  
 attac/ver.di: Konzept für eine "Solidarische Einfachsteuer" (SES), Mai 2004  
 Bethge, Horst: Oberschicht: Von Pfeffersäcken und Sklavenhändlern, Flugblatt 2006  
 Bundesbank: Zeitreihen zu Steuern und BIP  
 Bundesrechnungshof: Bemerkungen 2006 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bundes  
 Bundesregierung: Entwurf eines Unternehmensteuerreformgesetzes 2008  
 Bundesregierung: Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung  
 Bürgerschaft Drucksache 18/411  
 Bürgerschaft: Drucksache 18/3091  
 Bürgerschaft: Drucksache 18/43 vom 02.04.04  
 Bürgerschaft: Drucksache 18/4803  
 Bürgerschaft: Drucksache 18/5313  
 Der Spiegel: diverse Ausgaben (jeweils im Text genannt)  
 Die Welt vom 25.01.2007  
 Die Wüste lebt. Reader der stadtpolitischen Konferenz von Regenbogen am 14.02.2004  
 Einkommensteuergesetze  
 Finanzbehörde: Pressemeldung vom 7.3.2006  
 Finanzbericht 2004  
 Finanzbericht 2007/2008  
 Gewerbesteuerergesetze  
 Hackbusch, Norbert: Anders haushalten in Hamburg aus Regenbogen Rundbrief 12/02  
 Hamburg im Aufwind - die Zukunft der Wachsenden Stadt gestalten. Regierungsprogramm 2004 - 2008  
 Hamburger Abendblatt: diverse Ausgaben (jeweils im Text genannt)  
 Hamburger Doppelhaushalt 2007/2008  
 Hamburger Modell zur Unternehmenssteuerreform. Reformkonzept zur Unternehmensbesteuerung mit finanzierungsneutral ausgestalteter kommunaler Unternehmensteuer, 2006  
 Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB): IAB-Kurzbericht. Ausgabe Nr.10 v. 21.7.2003  
 Körperschaftsteuergesetze  
 KPMG: Corporate Income Tax Rate. A Trend Analysis, 2006  
 Manager Magazin: MM-Spezial. Die 300 reichsten Deutschen, 2006  
 Marx/Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, Berlin 1985  
 Münchau, W.: Billig bringt's nicht. In: Financial Times Deutschland vom 04.04.2007  
 Nowotny, E.: Der öffentliche Sektor. Berlin u.a. 1996  
 PDS: Umsteuern. Unser Konzept zur Reform des deutschen Steuersystems, November 2004  
 Peiner, Wolfgang: Rede zur Einbringung des Doppelhaushalts 2007/2008 am 24.8.2006  
 Peiner, Wolfgang: Rede zur Einbringung des Entwurfs zum Doppelhaushalt 2005/2006 am 8.9.2004  
 Peiner, Wolfgang: Rede zur Einbringung des Haushaltsplan-Entwurfes 2004 vom 03.09.2003  
 Peiner, Wolfgang: Rede zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfes 2002 am 23.1.2002  
 Pressestelle FHH: Finanzsenator Peiner legt das Ergebnis der November-Steuerschätzung 2001 vor, 20.11.2001  
 Regenbogen: Von Anfang an für dumm verkauft. BUND fordert verlässliche Arbeitsplatz-Zusagen von Airbus 28.2.03 auf [www.regenbogen-hamburg.de](http://www.regenbogen-hamburg.de)

- Regenbogen: Wahlplattform auf [www.regenbogen-hamburg.de](http://www.regenbogen-hamburg.de)  
Regenbogen-Standpunkte auf [www.regenbogen-hamburg.de](http://www.regenbogen-hamburg.de)  
Schratzenthaler, Margit: Internationale Mobilität von und internationaler fiskalischer Wettbewerb um Direktinvestitionen. Frankfurt am Main 2002  
Statistikamt Nord (Statistisches Amt f. Hamburg und Schleswig-Holstein): Einkommensteuerstatistik 2001 f. Hamburg  
Statistikamt Nord (Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein): Online Datenbank  
Statistisches Amt für Hamburg u. Schleswig-Holstein: 500 Jahres-Zeitreihen. 11 Öffentliche Finanzen und Personal im öff. Dienst. 1 Steueraufkommen nach Hauptarten u. haushaltswirksame Steuereinnahmen in Hamburg  
Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein: Hamburger Statistisches Jahrbuch 2003/2004  
Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein: Statistischer Bericht. Bruttoinlandsprodukt und Erwerbstätige 1992 bis 2006 in Hamburg und Schleswig-Holstein. 22.02.2007  
Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein: Statistisches Jahrbuch Hamburg 2005/2006  
Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein: Statistisches Jahrbuch. Hamburg 2006/2007  
Statistisches Bundesamt: Fachserie 14 Reihe 10.1 Finanzen und Steuern. Realsteuervergleich, 2005  
Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung vom 23.08.2006  
Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 2000 für die Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2000.  
Statistisches Bundesamt: Einkommensteuerstatistik 2001 für Deutschland.  
Statistisches Landesamt Hamburg: Hamburger Statistisches Jahrbuch 1999/2000  
Wagenknecht, S.: Steuerdumping in der EU. In: junge Welt vom 28.02.2007, S. 10  
WASG Landesverband Hamburg: Thesen zur Hamburg-Politik der WASG

## Kurz-Zusammenfassung

### 0. Vorweg

Unsere Forderungen nach Ausbau des Sozial- und Bildungsbereiches, nach Ausweitung des öffentlichen Sektors statt Privatisierung in Hamburg verlangen eine Antwort auf die Frage: "Woher soll das Geld dafür kommen". Die 8 Thesen wollen diese Frage beantworten helfen.

### 1. Es bedarf sozialer Finanzierungsforderungen

Es ist zu vermeiden, dass sich die verschiedenen sozialen Bewegungen gegeneinander ausspielen lassen. Daher sind nur 2 Stoßrichtungen denkbar:

- der Kuchen muss vergrößert werden. Z.B. durch einen Abbau der Massenarbeitslosigkeit sind Sozialprodukt und Steueraufkommen zu steigern
- Der Kuchen ist anders zu verteilen durch Umverteilung zu Lasten der Spitzenverdiener, Reichen und Konzerne.

### 2. Die Haushaltsprobleme sind kein naturnotwendiges Schicksal, sondern von Menschen gemacht und daher von Menschen änderbar

Die beiden Ursachen der Finanzmisere der öffentlichen Haushalte sind:

- a) Kapitalismusbedingte Massenarbeitslosigkeit mit der Folge reduzierten Sozialprodukts und reduzierten Steueraufkommens, sowie erheblicher Zahlungen an Arbeitslosenunterstützung
  - b) Neoliberale Finanzpolitik, die sich die Senkung der Staats- und Steuerquote auf die Fahnen geschrieben hat. Dabei ist dieser Steuerabbau ein einseitiger zugunsten der Superreichen, der Spitzenverdiener und der Konzerne:
    - Senkung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommenssteuer und andere Erleichterungen für die Spitzenverdiener
    - Senkung des Körperschaftsteuersatzes
- Ferner ein erhebliches Volumen staatlich geduldeter Steuerhinterziehung der Superreichen und der Konzerne. Die geplante Unternehmenssteuerreform wird diese Problematik noch verschärfen.

### 3. Geld wäre genug da

Eine Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit würde den HHer Haushalt spürbar aufbessern. HH hat einen erheblich höheren Anteil an Einkommensmillionären als das Bundesgebiet. Die 33 reichsten Hamburger besitzen zusammen ein Vermögen von über 40 Mrd. €. Das ist mehr als das Vierfache des Hamburger Haushaltsvolumens (ca. 10 Mrd. €).

### 4. Hamburg hat Spielräume

Auf der Ausgabenseite wird Geld verschwendet: Der EADS-Konzern erhielt über 700 Mio. € für die Zuschüttung des Mühlenberger Lochs, etc., die Elbphilharmonie ist teuer genug und wird jetzt noch teurer als geplant, die U-Bahn-Anbindung der Hafencity ist die teuerste Lösung. Eine Anbindung mittels einer Stadtbahn würde dreistellige Millionenbeträge einsparen, das Tamm-Museum.

Auf der Einnahmeseite sind ebenfalls Möglichkeiten: Die Erhöhung der Gewerbesteuer, die Erhöhung der Grundsteuer und höhere Steuereinnahmen durch personelle Aufstockung der Betriebsprüfung.

### 5. Dennoch sind die Probleme nicht in Hamburg lösbar, sondern erfordern eine andere Bundespolitik

Die hauptsächlichen Gesetzgebungskompetenzen, von denen die Hamburger Finanzlage abhängt liegen auf Bundesebene. Allerdings wirkt der Hamburger Rechtssenat (z.B. über den Bundesrat) auf die Bundespolitik ein. Und zwar in einer Richtung, die die Konzerne und Superreichen begünstigt. So hat der Ex-Finanzsenator Peiner die Vermögenssteuer abgelehnt und ein Hamburger Modell zur Unternehmenssteuerreform vorgelegt, wonach der Körperschaftsteuersatz für die Konzerne von derzeit 25% auf 15% reduziert werden soll.

## 6. Daher brauchen wir eine andere Politik auf Bundesebene

Hierzu liegen meines Wissens von linker Seite 3 Konzepte vor: Memorandumgruppe, Linkspartei.PDS und Solidarische Einfachsteuer von Attac und Verdi

Diese 3 Konzepte ähneln sich: Sie beinhalten die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, die Abschaffung des Ehegattensplittings, die Erhöhung der Körperschaftsteuer, den Ausbau der Steuerprüfung, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und die Erhöhung der Erbschaftsteuer.

Vom Volumen kommt das Memorandumskonzept auf 129 Mrd. € Mehreinnahmen (das wären für HH schätzungsweise 2 Mrd. € mehr). Das Konzept von Linkspartei.PDS auf Mehreinnahmen von 64 Mrd. €.

## 7. Wer die Konzerne belasten will, muss etwas zur Standortkonkurrenz sagen

Das Hauptargument gegen höhere Belastung der Konzerne ist das Standortargument. Die Konzerne würden um der höheren steuerlichen Belastung zu entgehen, ins Ausland abwandern und mit ihnen Arbeitsplätze und Steuereinnahmen. Die Bundesregierung argumentiert so und der Rechtssenat argumentiert so. M.E ist das gegenwärtig das Hauptargument für neoliberale Hegemonie. Man müsse vielmehr, so wird argumentiert, durch niedrige Konzernbesteuerung Kapital an Deutschland binden und zusätzliches attrahieren. Diese Politik ist für Internationalisten und Interregionalisten nicht hinnehmbar. Es ist der Versuch die eigenen Probleme auf Kosten anderer Völker zu lösen. Da nahezu alle Staaten das machen, ergibt sich aus diesem Nullsummenspiel (was eine Region gewinnt, verliert eine andere) ein Steuerdumping, was alle beteiligten Haushalte ruiniert und nur den Konzernen nützt.

Als systemimmanente Lösungen werden diskutiert:

- Höhere Besteuerung immobiler Produktionsfaktoren (Grund und Boden, etc.)
- Harmonisierung der Steuersätze in der EU
- Ersetzung des Quellenprinzips in der Unternehmensbesteuerung (=Unternehmen werden dort besteuert, wo sie ihre Betriebsteile haben) durch das Sitzlandprinzip

## 8. Die Standortkonkurrenz stellt die Systemfrage

Die eben beschriebenen Lösungen sind problematisch: Besteuerung immobiler Produktionsfaktoren bringt kein ausreichendes Volumen. Harmonisierung der Steuersätze setzt einen Einigungsprozess aller Länder voraus. Gerade die Steueroasen werden sich dagegen wehren. Beim Sitzlandprinzip ist zu vermuten, dass die Konzerne das unterlaufen, indem sie ihren Hauptsitz in Niedrigsteuerländer verlegen.

Nahe liegend ist folgende Überlegung: Wenn die Konzerne mittels Drohung der Abwanderung kapitalfreundliches Verhalten von Regierung und Volk erpressen, können sie das nur kraft ihrer Macht, sprich Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel. Somit ist es ein Akt der Notwehr ihnen diese Macht zu nehmen, indem man die Großkonzerne in gesamtgesellschaftliches Eigentum überführt.



**In der Reihe Hamburger Skripte sind bisher erschienen:**

**HS 1: Links • WählerInnen • Potenziale. Hintergründe und Schlussfolgerungen zur Wahl der Hamburger Bürgerschaft 2001 – vergriffen**

**HS 2: Ein Politisches Beben verändert die Stadt – bald auch die Republik? Gedanken zum Aufstieg der Schill-Partei (1,50 €)**

**HS 3: Gefährliche Fiktion: Die "Protokolle der Weisen von Zion" (1,50 €)**

**HS 4: Zeichen für Rosa Luxemburg. Aktuelle Auseinandersetzungen um die Deutung von Geschichte – vergriffen**

**HS 5: Der Entwurf der Verfassung der Europäischen Union: Militarisierung oder Friedensfähigkeit? (1,50 €)**

**HS 6: Aufstieg und Fall des Ronald Barnabas Schill. Skizzen zur Schillschen Variante des bundesdeutschen Rechtspopulismus - vergriffen**

**HS 7: Von der emanzipatorischen Theorie zur erwachsenendidaktischen Praxis? Zum Selbstverständnis politischer Erwachsenenbildung ( 2,00 €)**

**HS 8: Frieden mit der Vergangenheit? Die beiden Wehrmachtsausstellungen als Beispiel für den deutschen Umgang mit dem Holocaust - vergriffen**

**HS 9 (Sonderband): Prekäre Bewegungen. Soziale Konflikte in Frankreich, Italien, Österreich und Dänemark (6,00 €)**

**HS 10: Linke Parteien und Kooperationen in Europa – ein Überblick (2,50 €)**

**HS 11 (Sonderband):Hamburg: Wachsende Stadt durch schrumpfendes Gemeinwesen? – (6,90 €)**

**HS 12: „Individuelle Rechte werden aufgehoben“ Analysen zu HARTZ IV ( 2,00 €)**

**HS 13: Umerzählung durch die Herrschaft Gottes. Die Erweckungsbewegung "Moralische Aufrüstung" im Reeducation-Programm der Nachkriegszeit (2,00 €)**

**HS 14: Mythen über die Internationalen Brigaden. Neuere Forschungsergebnisse zum Spanischen Bürgerkrieg (2,00 €)**

**HS 15: Hegemonie und Gegen-Hegemonie als pädagogisches Verhältnis. Antonio Gramscis politische Pädagogik (2,00 €)**

**In Vorbereitung - HS 17: Die neue Linke vor der Fusion - Chance oder Scheitern? Diskussion zwischen Jens König (taz-Redakteur), Oliver Nachtwey (Parteienforscher) und Katina Schubert (Stellvertretende Vorsitzende Linkspartei.PDS)**

*Die Ausgaben der Hamburger Skripte (außer Sonderbänden) können kostenfrei von unserer Website heruntergeladen werden.*